

Wochendienst

Nr. 20

vom 27. Mai 2011

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Europa

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz reist zur „Green Week“ nach Brüssel 3

Inneres

Islamistischer Terrorismus bleibt auch nach Bin Ladens Tod größte Gefahr 4

Arbeit, Soziales und Familie

Senator Detlef Scheele erzielt Doppelerfolg für den Kinderschutz in Essen und Berlin..... 7

Gesundheit und Verbraucherschutz

Weitere HUS-Erkrankungen im Norden 9

Neuaufgabe „Kunde = König?“10

Stand der HUS-Erkrankungen in Hamburg11

Geld sparen beim Wechsel des Stromanbieters12

Stand der HUS-Erkrankungen in Hamburg13

Hamburg setzt sich für den Schutz von Anlegern auf dem Grauen Kapitalmarkt ein.....15

Hamburger Institut für Hygiene und Umwelt identifiziert Salatgurken als EHEC-Träger17

Spurensuche nach Händlern belasteter Gurken geht weiter19

Hamburger Pflegestützpunkte informieren!.....21

Keine Entwarnung beim Gurken- oder Salatverzehr23

Stadtentwicklung und Umwelt

Gutachten zum Rückkauf der Energienetze online25

Schlau kaufen statt Kaufrauschen26

Hühnerposten: Umwelthauptstadt XXL28

Weichenstellung stimmt.....29

Wissenschaft und Forschung

Neue Internetplattform informiert Schülerinnen und Schüler über Angebote der Hochschulen31

Wirtschaft und Verkehr

Service pur für Unternehmer und Gründer auf hamburg.de	33
Hamburg unterstützt den Bund bei der Durchführung eines Feldversuches für Lang-Lkw	34
Nationale Maritime Konferenz	35
Welthafenkonferenz 2015 in Hamburg.....	37
„Erneuerbare Energien sind der Weg in die Zukunft“	38
Wertschätzung für Lebensmittel aus der Region	40
Industrie in Hamburg	41

Finanzen

2010: Erfolgreiches Jahr für die Hamburger Steuerfahndung	42
Mai-Steuerschätzung 2011	44

Personal

Weihnachtsgeld und Besoldungsanpassung	47
Offizielle Verleihung des Zertifikats „audit berufundfamilie“ an das Personalamt	49

Medien

Mediendialog Hamburg 2011	50
---------------------------------	----

Zur Information

Terminkalender	52
----------------------	----

26. Mai 2011/pr26

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz reist zur „Green Week“ nach Brüssel

Bürgermeister Scholz diskutiert auf international besetztem Podium mit EU-Kommissaren über künftige Umweltpolitik

Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** nimmt als Vertreter der Umwelthauptstadt Europas 2011 am 27. Mai an der offiziellen Abschlussveranstaltung der europäischen Green Week in Brüssel teil. Auf dem international besetzten Podium diskutiert Bürgermeister Scholz mit den beiden EU-Kommissaren **Janez Potočnik** (Umwelt) und **Connie Hedegaard** (Klimaschutz), mit **Björn Stigson**, Präsident des World Business Council for Sustainable Development, **Sándor Fazekas**, ungarischer Minister für Landesentwicklung und Vorsitzender des EU-Umweltministerrats, sowie mit **Pier Carlo Padoan**, Chief Economist und stellvertretender Generalsekretär der OECD, über das Thema Ressourceneffizienz („Towards a resource-efficient Europe in 2020“).

Die Green Week in Brüssel ist die größte jährliche Konferenz, die sich mit der europäischen Umweltpolitik in ihrer ganzen Breite befasst. Sie wird federführend von der Europäischen Kommission in Kooperation mit der UN, der OECD und vielen weiteren internationalen Organisationen organisiert. Es werden insgesamt rund 3.500 Teilnehmer erwartet. Das Schwerpunktthema ist in diesem Jahr die Ressourceneffizienz, also die Frage, wie wir den Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Bodenschätzen und Wasser effizienter gestalten und den Ressourcenverbrauch vermindern können. Darüber hinaus präsentiert sich Hamburg als europäische Umwelthauptstadt 2011 auf der Green Week mit einem eigenen Stand. Am 13. Mai hat in Hamburg bereits der Green Week Satellite-Event „Nichts geht ohne Wasser – Hamburgs wichtigste Ressource“ in Zusammenarbeit mit Hamburg Wasser stattgefunden.

Für Rückfragen:

Simone Ollesch, Pressestelle des Senats,

Tel.: 040 / 428 31 – 21 55,

Email: Simone.Ollesch@sk.hamburg.de

Volker Dumann, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Tel.: 040/ 428.45-32 49,
Email: volker.dumann@bsu.hamburg.de

23. Mai 2011/bis23

Islamistischer Terrorismus bleibt auch nach Bin Ladens Tod größte Gefahr

Innensenator Michael Neumann legt Verfassungsschutzbericht 2010 vor

Hamburgs Innensenator Michael Neumann und der amtierende Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Manfred Murck, haben am heutigen Montag den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Innensenator Michael Neumann: „Schwerpunkt der Arbeit unseres Verfassungsschutzes bleibt die Beobachtung und Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, von dem nach wie vor die größte Gefahr ausgeht. Auch nach dem Tod von Top-Terrorist Bin Laden müssen und werden wir wachsam bleiben. Aber auch links- und rechtsextremistische Tendenzen sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und bleiben deshalb weiterhin im Visier der Hamburger Sicherheitsbehörden.“

Die Aktivitäten im internationalen islamistischen Terrorismus zeigen, dass Deutschland weiterhin Teil eines weltweiten Gefahrenraumes ist. Im Herbst 2010 gab es zahlreiche, zum Teil schwer einschätzbare Hinweise auf mögliche Anschlagplanungen des Terror-Netzwerks Al Qaida gegen europäische Länder, speziell auch gegen Deutschland. Diese Gefährdung wurde unter anderem durch den Schusswaffenanschlag eines islamistisch motivierten Einzeltäters am 2. März 2011 am Frankfurter Flughafen bestätigt, bei dem zwei US-Soldaten getötet und zwei weitere schwer verletzt wurden. Am 29. April 2011 wurden nach Vorermittlungen des Verfassungsschutzes in Düsseldorf drei Mitglieder einer terroristischen Zelle durch Beamte des Bundeskriminalamtes festgenommen. Sie hatten den bisherigen Ermittlungen zufolge mit führenden Al Qaida-Kadern in Verbindung gestanden und einen Anschlag in Deutschland geplant. Die Tötung des Al Qaida-Führers Usama Bin Laden am 2. Mai 2011 führt nach Einschätzung des Hamburger Verfassungsschutzes nicht zu einer Entspannung der Gefährdungslage.

Auch in Hamburg leben Unterstützer und Sympathisanten des globalen „Heiligen Kriegs“ (Jihad). Dieser Szene gehören derzeit etwa 40 Personen an. Sie trafen sich bis zum Sommer 2010 in der Taiba-Moschee (ehemals Al Quds-Moschee), in der bereits die Attentäter des 11. September 2001 verkehrten. Mit Wirkung vom 9. August 2010 wurde der Trägerverein der Taiba-Moschee durch die Innenbehörde verboten und der Hauptziehungspunkt der salafistisch-jihadistischen Szene geschlossen. Die Jihadisten suchen seither andere Moscheen in Hamburg auf. Diese Aufsplitterung war beabsichtigt, zum Teil haben sich die Jihadisten auch untereinander zerstritten. Die intensive

Beobachtung dieser Klientel wird fortgesetzt. Dies gilt auch für die zunehmenden salafistisch-jihadistischen Aktivitäten im Internet.

Neben den Jihadisten geht auch von der gewaltorientierten, in Deutschland mit Betätigungsverbot belegten Hizb-ut Tahrir eine Gefahr aus. Sie versucht, insbesondere an Hamburger Schulen neue Anhänger zu rekrutieren.

Im Bereich des gewaltorientierten Linksextremismus, dem in Hamburg 570 Personen zugerechnet werden, prägte das Thema „Antirepression“ die Aktivitäten des Jahres 2010. In ihrem Fokus standen die Frühjahrs- und Herbsttagungen der Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg. In diesem Zusammenhang verübten Linksextremisten mehrere Sachbeschädigungen und Brandanschläge. Auch Themen der Stadtteilentwicklung („Gentrifizierung“) beschäftigte insbesondere die Autonomen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Zukunft der „Roten Flora“ eine gewichtige Rolle. Dies zeigte jüngst eine Demonstration am 30. April 2011 mit 4.000 Teilnehmern, darunter auch zahlreiche Autonome.

Erstmals seit zehn Jahren verzeichneten antiimperialistische Gruppen wie die „Rote Szene Hamburg“ (RSH) und die „Sozialistische Linke“ (SoL) einen personellen Zuwachs. Sie versuchen, vor allem junge Menschen an sich zu binden.

Rechtsextremistischen Gruppierungen werden in Hamburg derzeit 480 Personen zugerechnet, davon stuft der Verfassungsschutz über ein Drittel (170) als gewaltorientiert ein. Die Hamburger NPD, nach wie vor treibende Kraft des Rechtsextremismus, hat sich nach dem Tod ihres damaligen Vorsitzenden Jürgen Rieger zwar wieder stabilisiert, spielte aber bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2011 keine Rolle. Mit einem Stimmenanteil von lediglich 0,9 Prozent blieb sie unterhalb der für die staatliche Parteienfinanzierung bei Landtagswahlen maßgeblichen Grenze von einem Prozent. Auch die parteiunabhängige Neonazi-Szene hat in Hamburg im Jahr 2010 weiter an Bedeutung verloren.

Innensenator Michael Neumann: „Ungeachtet dieser Tendenzen wird der Verfassungsschutz die rechtsextremistische Szene weiterhin aufmerksam beobachten und sich schnell auf neue Entwicklungen einstellen. Bei der Innenministerkonferenz werden wir zudem Möglichkeiten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens ausloten. Dass die Gegner der Demokratie, ganz gleich welcher Couleur, bei uns nicht zum Zug kommen, verdanken wir maßgeblich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Verfassungsschutzes, die als Frühwarnsystem die Öffentlichkeit mit fundierten Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen aufklären. Damit leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen und verdienen das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger.“

Alle wichtigen Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr 2010 und viele Zahlen, Daten und Fakten finden Sie unter www.hamburg.de/innenbehoerde im

Internet - darunter unter anderem den gesamten Bericht zum Download sowie eine Kurzversion („Verfassungsschutzbericht 2010 – Das Wichtigste in Kürze“).

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

27. Mai 2011/basfi27

Senator Detlef Scheele erzielt Doppelerfolg für den Kinderschutz in Essen und Berlin

Sowohl bei der Jugend- und Familienministerkonferenz in Essen als auch im Bundesrat haben Hamburger Kinderschutz-Initiativen Erfolg

Gleich mehrere Initiativen von Sozialsenator Detlef Scheele zur Verbesserung des Kinderschutzes wurden heute auf der Jugend- und Familienministerkonferenz in Essen und im Bundesratsplenum in Berlin mit breiter Mehrheit beschlossen. Im Bundesrat stand die erste Befassung mit dem Bundeskinderschutzgesetz auf der Tagesordnung. Bei der Jugend- und Familienministerkonferenz, die gestern und heute in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat, ging es unter anderem um eine verbesserte Information über pädosexuelle Straftaten und um die Weiterentwicklung des Pflegekinderwesens. Außerdem haben sich die Länderminister über den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unter-Drei-Jährige verständigt.

Die Beschlüsse im Einzelnen:

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Einrichtungen

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat sich der Hamburgischen Initiative angeschlossen, nach der Staatsanwaltschaften zukünftig Träger der Jugendhilfe und die Heimaufsicht sofort informieren sollen, wenn sie gegen Beschäftigte in pädagogischen Arbeitsfeldern ermitteln, denen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder wegen Kindesmisshandlung vorgeworfen werden. „Dieser Schritt ist unbedingt notwendig“, so **Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele**, „um beim Kinderschutz keine Zeit zu verlieren“. Nach Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz soll die Anordnung über die Mitteilungen in Strafsachen (MiStra), die die Meldepflicht der Staatsanwaltschaften in solchen Fällen regelt, durch eine Präzisierung der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Justizbehörden der Länder und dem Bundesjustizministerium konkretisiert werden. **Senator Scheele**: „Justizsenatorin Jana Schiedek und ich ziehen an einem Strang. Ich hoffe, dass sich die anderen Landesjustizminister und auch die Bundesjustizministerin unserer Forderung anschließen. Das wäre ein wichtiger Schritt.“ **Justizsenatorin Jana Schiedek**: „Ich stoße die Diskussion mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern sowie mit der Bundesjustizministerin an und setze mich dafür ein, dass die bisherige Regelung geändert wird. Ziel ist, dass die Staatsanwaltschaften Träger der Jugendhilfe und die Heimaufsicht schon bei einem qualifizierten Anfangsverdacht informieren.“

Kinderschutz von Anfang an - Nachbesserung des Bundeskinderschutzgesetzes im Bundesrat

Die Länder haben neben zahlreichen handwerklichen Verbesserungen des Bundeskinderschutzgesetzes heute im Bundesrat von der Bundesregierung gefordert, ihren Entwurf zum Kinderschutzgesetz anzupassen. Es geht den Ländern vor allem darum, dass das Gesundheitswesen als wichtiger Partner beim Schutz von Kindern unerlässlich ist. Bisher wird das im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Konkret wollen die Länder zum Beispiel, dass der gegenwärtige Einsatz von Hebammen, der auf die ersten acht Wochen begrenzt ist, auf die ersten sechs Lebensmonate erweitert wird, um gerade jungen Müttern in Überforderungssituationen Hilfe zu geben.

„So rühmlich der Entwurf in vielen Bereich schon ist“, so **Senator Scheele**, „es ist nicht akzeptabel, dass sich die FDP und Philipp Rösler, noch in seiner Rolle als Gesundheitsminister, gegen die Forderung der gesamten Fachöffentlichkeit, der kommunalen Spitzenverbände und der Jugend- und Familien- sowie Gesundheitsministerkonferenz entschieden hat, und den Leistungskatalog nicht entsprechend angepasst hat. Das wollen wir nicht hinnehmen und es ist auch finanziell kurzsichtig“, so **Scheele** weiter, „dass gerade bei den Frühen Hilfen um Schwangerschaft, Geburt und in den ersten Lebensmonaten das Gesundheitswesen seine Mitwirkung verweigert, weil sich die FDP auf Bundesebene über alle Expertenmeinungen hinwegsetzt.“

Schutz von Kindern von Beziehungsabbrüchen

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat die Hamburger Initiative zur Weiterentwicklung des Pflegekinderwesens beschlossen. „Hierbei geht es darum“, so **Senator Scheele**, „Bindungsabbrüche für Kinder in Pflegefamilien zu vermeiden und in Zukunft immer weniger Kinder in Heimen unterzubringen, besonders wenn die Kinder noch sehr klein sind.“ Um dieses Ziel zu erreichen, sind auf Länderebene eine Reihe von fachlichen Verabredungen getroffen worden, zum Beispiel eine verstärkte Arbeit mit der Herkunftsfamilie der Kinder und eine bessere Unterstützung von Pflegefamilien bei der Aufnahme von Pflegekindern.

Frühe Förderung in Kitas und Krippen ist der beste Kinderschutz

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat einen gemeinsamen Vorstoß von Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Brandenburg zugestimmt, der den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung im Alter von unter drei Jahren zum Ziel hat. „Wie Hamburg haben viele Länder und Kommunen bereits viel zum Ausbau der Krippen getan“, so **Detlef Scheele**. „Der Ausbau dieser Angebote für Unter-Drei-Jährige gehört zu den großen Zukunftsaufgaben, der sowohl die frühe Förderung von Kindern ermöglicht und damit Bildungsbenachteiligung entgegenwirkt, und zugleich auch präventiver Kinderschutz ist. Dazu“, so **Senator Scheele** abschließend, „sind zusätzliche Anstrengungen in Ländern und Kommunen erforderlich. Wir fordern aber, dass auch der Bund seinen Finanzierungsanteil daran erbringt.“

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, und Integration
Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/basfi

23. Mai 2011/bgv23

Weitere HUS-Erkrankungen im Norden

Informationen und erneuter Appell der Gesundheitsbehörde

Auch im Verlauf des Wochenendes sind in verschiedenen Bundesländern, darunter Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Hessen, weitere Verdachtsfälle sowie bestätigte Erkrankungen des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS), verursacht durch Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC), festgestellt worden. Von den Hamburger Krankenhäusern wurden bis heute 40 Personen gemeldet, die stationär behandelt werden. Die Gesundheitsbehörde appelliert aufgrund der vielfach ernsten Krankheitsverläufe weiter an alle, die Krankheitssymptome wie wässrigen oder blutigen Durchfall, Übelkeit, Erbrechen und zunehmende Bauchschmerzen zeigen, einen Arzt oder ein Krankenhaus aufzusuchen.

Die 40 in Hamburg betroffenen Patientinnen und Patienten sind im Alter zwischen 9 und 81 Jahren. Darunter sind zwölf Patientinnen und Patienten, die aus dem Hamburger Umland stammen. Alle 40 werden in unterschiedlichen Kliniken stationär behandelt, ihr Gesundheitszustand ist teilweise kritisch. Auffallend ist die Verteilung der Geschlechter: Neben acht männlichen Erkrankten wurden 32 weibliche gemeldet.

Die Quelle der Ansteckung ist weiterhin unbekannt. Die gemeinsamen Ermittlungen der Gesundheitsämter, der Fachbehörde und dem Robert-Koch-Institut (RKI) laufen.

EHEC-Infektionen können ohne Beschwerden verlaufen und somit unerkannt bleiben. Die Mehrzahl der manifesten Erkrankungen tritt als unblutiger, meistens wässriger Durchfall in Erscheinung. Begleitsymptome sind Übelkeit, Erbrechen und zunehmende Bauchschmerzen, seltener Fieber. Bei zehn bis 20 Prozent der Erkrankten entwickelt sich als schwere Verlaufsform eine blutige Darmentzündung mit krampfartigen Bauchschmerzen, blutigem Stuhl und teilweise Fieber bis hin zu Nierenversagen oder Todesfall.

Natürliches Reservoir der Escherichia coli Bakterien ist der Darm von Wiederkäuern, speziell von Rindern. Die Infektion kann durch direkten Kontakt mit Tieren oder deren Ausscheidungen sowie durch den Verzehr von kontaminierten Lebensmitteln, zum Beispiel Rindfleisch oder Rohmilch, erfolgen. Der Erreger kann von Mensch zu Mensch, vor allem durch eine so genannte Schmierinfektion aufgrund mangelnder Hygiene, weitergegeben werden. Den besten Schutz gegen eine Übertragung bieten entsprechend gute Hygienemaßnahmen, wie z.B. gründliches Händewaschen. Obst, Gemüse oder andere Rohkost sollte gründlich gereinigt und nach Möglichkeit abgekocht, Rindfleisch nicht roh verzehrt werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

23. Mai 2011/bgv23a

Neuaufgabe „Kunde = König?“

Broschüre der Verbraucherschutzbehörde zu Risiken und Chancen bei Alltagsgeschäften wieder verfügbar

In vielen Alltagsgeschäften verbergen sich Stolperfallen, nicht jeder Einkauf geht ohne Mängel ab. Insbesondere ältere Menschen sind sich nicht immer über ihre Rechte, aber auch über die Risiken bei Alltagsgeschäften im Klaren. Aus diesem Grund hat die Hamburger Verbraucherschutzbehörde die Broschüre „Kunde=König? Recht im Alltag (Nicht nur) für Seniorinnen und Senioren“ veröffentlicht. Wegen einer hohen Nachfrage war die Broschüre schnell vergriffen und wurde jetzt wieder aufgelegt.

„Wohl jeder hat schon einmal Werbeanrufe erhalten oder aufdringliche Haustürverkäufer erlebt. Gerade ältere Menschen geraten dabei immer wieder in schwierige Situationen. Mit unserer Broschüre wollen wir deshalb Beratungs- und Begegnungsstellen, die insbesondere älteren Menschen bei Sorgen des Alltags helfen, auf übersichtliche und einfache Weise unterstützen“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Die Nachfrage zeigt uns, dass wir mit dem Thema richtig liegen und Bedarf besteht.“

Was kann ich tun, wenn ich auf einen Werbeanrufer reingefallen bin und unüberlegt ein Abonnement abgeschlossen habe? Wie verhalte ich mich bei angeblichen Gewinnmitteilungen? Die Broschüre der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt sich vieler Themen an, gibt Antworten auf diese Fragen und macht es unseriösen Anbieter schwer, durch Abzocke Erfolg zu haben.

Aber auch gegenüber seriösen Unternehmen sollten Verbraucherinnen und Verbraucher die eigenen Rechte und Pflichten kennen. Wann habe ich ein Recht auf Umtausch? Wie lange und von wem kann ich die Behebung eines Fehlers an gekauften Sachen verlangen? Die Broschüre gibt auch Antworten auf diese Fragen des Alltags rund um Einkauf, Medien, Werbung, Reisen und Energie.

Privatpersonen steht die Broschüre unter www.hamburg.de/kundenschutz/veroeffentlichungen zum Download zur Verfügung. Beratungsstellen können die Broschüre kostenlos per E-Mail an kundenschutz@bgv.hamburg.de bestellen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

24. Mai 2011/bgv24

Stand der HUS-Erkrankungen in Hamburg

Ursache bislang unbekannt - Appell der Gesundheitsbehörde zu Hygiene und Arztbesuch

Seit gestern wurden in verschiedenen Bundesländern weitere Verdachtsfälle sowie bestätigte Erkrankungen des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS), verursacht durch Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC), festgestellt. Von den Hamburger Krankenhäusern wurden bis heute (Stand 11 Uhr) 42 Personen gemeldet, die stationär aufgrund HUS oder HUS-Verdachts behandelt werden. Hinzu kommen zahlreiche Fälle von Patientinnen und Patienten, die mit EHEC infiziert sind. Die Gesundheitsbehörde appelliert aufgrund der vielfach ernsten Krankheitsverläufe weiter an alle die Krankheitssymptome zeigen, einen Arzt oder ein Krankenhaus aufzusuchen und grundsätzlich im Umgang mit Lebensmitteln entsprechende Hygienemaßnahmen zu beachten.

Die 42 in Hamburg betroffenen Patientinnen und Patienten sind im Alter zwischen 9 und 73 Jahren. Bei einigen älteren Patienten liegt ein Verdacht auf eine EHEC-Infektion vor. Unter den 42 HUS-Patientinnen und Patienten sind zwölf, die aus dem Hamburger Umland stammen. Auffallend ist weiterhin die Verteilung der Geschlechter: Neben zehn männlichen Erkrankten wurden 32 weibliche gemeldet.

Die Quelle der Ansteckung ist nach wie vor unbekannt. Die gemeinsamen Ermittlungen der Gesundheitsämter, der Fachbehörden und dem Robert-Koch-Institut (RKI) laufen intensiv weiter.

Weitere Informationen zur Erkrankung, Symptomen und persönlichen Schutzmaßnahmen hat die Gesundheitsbehörde im Internet unter www.hamburg.de/bgv zusammen gestellt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. Mai 2011/bgv25

Geld sparen beim Wechsel des Stromanbieters **Verbraucherschutzbehörde gibt Tipps und zeigt, wie der Verzicht auf Atomstrom möglich ist**

Obwohl es möglich ist, durch den Wechsel des Stromanbieters jährlich deutlich weniger für den Strom zu bezahlen, wird diese Möglichkeit recht selten genutzt. Vielfach, weil Verbraucherinnen und Verbraucher unzureichend informiert und entsprechend besorgt hinsichtlich der nahtlosen Versorgung sind. „Es ist eigentlich recht einfach, den Stromanbieter zu wechseln und dadurch eventuell Geld zu sparen“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Die Angst, bei einem Wechsel plötzlich ohne Strom da zu stehen, ist dabei völlig unbegründet. Dieser Angst wollen wir mit unseren Informationen entgegen treten.“ Auf den Internetseiten der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist unter <http://www.hamburg.de/kundenschutz> ab sofort nachzulesen, was bei einem Wechsel zu beachten ist.

Die Sorge, von der Energieversorgung abgeschnitten zu werden, ist unbegründet. Denn auch bei einem Wechsel ist Ihr bisheriger Versorger gesetzlich verpflichtet alle Haushalte zu beliefern, selbst wenn diese nicht mehr direkter Vertragspartner sind. Der neue Anbieter stellt die benötigte Menge in das allgemeine Netz ein und bezahlt dem lokalen Versorger eine sogenannte Durchleitungsgebühr für den Transport zum jeweiligen Haushalt.

Auch der Wunsch, regenerative Energien und Ökostrom zu unterstützen, ist bei vielen groß. Gerade nach den Ereignissen in Japan ist der Anteil derjenigen, die auf Atomstrom verzichten und zu Ökostromanbietern wechseln möchten angestiegen. Aber was muss ich beim Energieanbieterwechsel beachten? Zahle ich anschließend mehr oder weniger? Ist Strom aus regenerativen Energiequellen zwangsläufig teurer? Ist sichergestellt, dass ich nicht plötzlich ohne Strom da stehe? Das sind nur einige der Fragen, auf die die Informationsseite der Verbraucherschutzbehörde unter <http://www.hamburg.de/kundenschutz> Antworten gibt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. Mai 2011/bgv25a

Stand der HUS-Erkrankungen in Hamburg

Ursache weiter unbekannt – Unveränderter Appell der Gesundheitsbehörde zu Hygiene und Arztbesuch

In Hamburg wurden seit gestern weitere Verdachtsfälle sowie bestätigte Erkrankungen des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS), verursacht durch Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC), festgestellt. Von den Hamburger Krankenhäusern wurden bis heute (Stand 11 Uhr) 59 Personen gemeldet, die stationär aufgrund HUS oder HUS-Verdachts behandelt werden. Hinzu kommen zahlreiche Fälle von Patientinnen und Patienten, die mit EHEC infiziert sind. Insgesamt ist diese Zahl auf über 200 Fälle angewachsen. Die Gesundheitsbehörde appelliert aufgrund der vielfach ernstesten Krankheitsverläufe weiter an alle die Krankheitssymptome zeigen, einen Arzt oder ein Krankenhaus aufzusuchen und grundsätzlich im Umgang mit Lebensmitteln entsprechende Hygienemaßnahmen zu beachten.

„Der weitere Anstieg ist besorgniserregend, doch bislang sind die Hamburger Krankenhäuser in der Lage, alle Patientinnen und Patienten zu versorgen“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Wir haben vorsorglich aber bereits auch Kapazitäten in ambulanten Praxen, wie auch in den anderen Bundesländern abgefragt, so dass bei Engpässen auch die Möglichkeit bestünde, Verlegungen dorthin vorzunehmen.“

Die 59 in Hamburg von HUS betroffenen Patientinnen und Patienten sind im Alter zwischen 9 und 77 Jahren. Unter den genannten HUS-Patientinnen und Patienten sind 13, die aus dem Hamburger Umland stammen. Auffallend ist weiterhin die Verteilung der Geschlechter: Neben 16 männlichen Erkrankten wurden 43 weibliche gemeldet.

Trotz intensiver Suche aller betroffenen Bundesländer und des Robert-Koch-Institutes ist die Quelle der Ansteckung nach wie vor nicht bekannt. „Allein das Institut für Hygiene und Umwelt testet laufend eine große Anzahl Lebensmittelproben aus Haushalten, Einzelhandel, Wochenmärkten oder vom Großmarkt“, so Prüfer-Storcks. „Diese Tests werden auch in den kommenden Tagen mit Hochdruck weitergehen um die Quelle möglichst zu identifizieren.“

Sollte in einer Familie oder bei einer in einer häuslichen Gemeinschaft lebenden Person eine Erkrankung auftreten, regeln die bezirklichen Gesundheitsämter das weitere Vorgehen. Kontaktpersonen, wie z.B. Geschwister, können in diesen Fällen vom Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen oder Kitas ausgeschlossen werden. Dieser Ausschluss besteht dann so lange, bis ein endgültiger negativer Nachweis für das Vorkommen des Erregers

vorliegt. Weitere Informationen zur Erkrankung, Symptomen und persönlichen Schutzmaßnahmen hat die Gesundheitsbehörde im Internet unter www.hamburg.de/bgv zusammen gestellt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

26. Mai 2011/bgv26

Hamburg setzt sich für den Schutz von Anlegern auf dem Grauen Kapitalmarkt ein

Hamburg wird in der morgigen Sitzung des Bundesrates einen Antrag zur Änderung des Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts einbringen. „Aus Sicht des Verbraucherschutzes sind im Gesetzentwurf noch Änderungen notwendig, um Anleger wirklich wirksam vor mangelhafter Vermittlung von Finanzanlagen zu schützen“, so Verbraucherschutz-senatorin Cornelia Prüfer-Storcks.

Prüfer-Storcks begrüßt die Zielsetzung des Gesetzentwurfes, den Schutz der Anleger vor Finanzprodukten des Grauen Kapitalmarktes zu verbessern. Auf dem sogenannten Grauen Kapitalmarkt werden Finanzprodukte vermittelt, die nicht der staatlichen Aufsicht und Regulierung unterliegen. Mit dem Gesetzentwurf sollen nun Pflichten aus dem regulierten Bereich künftig auch auf Vermögensanlagen ausgedehnt werden und diese als Finanzinstrumente i.S. des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) bzw. des Kreditwesengesetzes (KWG) definiert werden. Dass künftig die Informations- und Transparenzpflichten des WpHG auch für Teile des Grauen Kapitalmarkts gelten sollen, schließt bisherige Lücken im Anlegerschutz. Auch die damit einhergehende Ausweitung der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf Vermögensanlagen ist ein wichtiger Schritt zu einem verbesserten Anlegerschutz.

Prüfer-Storcks wies aber darauf hin, dass noch Verbesserungen notwendig sind, die im Hamburger Antrag vorgeschlagen werden. „Für freie Vermittler darf es keine Ausnahmeregelungen geben. Denn diese hätten zur Folge, dass die zersplitterte Aufsicht zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen und Gewerbeämter noch ausgebaut wird. Freie Vermittler müssen an den gleichen Maßstäben gemessen werden wie Banken und Sparkassen und der Aufsicht durch die Bundesanstalt unterliegen.“

Die Hamburger Verbraucherschutzsenatorin ist der Auffassung, dass für die Vermittlung von Vermögensanlagen, unabhängig davon, wer sie vermittelt, das einheitliche Anlegerschutzniveau des WpHG und die einheitliche Aufsicht durch die Bundesanstalt gelten müssen. Die bislang vorgesehenen Ausnahmeregelungen für freie Vermittler sind daher zu streichen und sie sind, wie Banken und Sparkassen, den anlegerschützenden Vorschriften des WpHG zu unterstellen.

„Ich begrüße auch die vorgesehene Einführung eines Vermögensanlagen-Informationsblattes“, so Prüfer-Storcks. „Allerdings sind die Produkte für Anleger am besten vergleichbar, wenn der

Spielraum bei der Gestaltung der Informationsblätter klein ist. Deshalb haben wir vorgeschlagen, dass durch den Gesetzgeber ein Formblatt mit standardisierten Antwortmöglichkeiten vorgegeben wird.“

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

26. Mai 2011/bgv26a

Hamburger Institut für Hygiene und Umwelt identifiziert Salatgurken als EHEC-Träger

**66 HUS-Erkrankungen in Hamburg - Verdacht auf O104 im EHEC-Stamm
durch HU bestätigt**

Das Hamburger Institut für Hygiene und Umwelt (HU) der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) hat eine Salatgurke aus Spanien eindeutig als Träger von Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC) identifiziert. Proben an zwei weiteren spanischen Gurken und einer Gurke bislang unbekannter Herkunft lieferten in Untersuchungen ebenfalls positive EHEC-Nachweise. „Der Verdacht hinsichtlich des Auslösers der Erkrankungen geht nun gezielt in Richtung Gurken“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Informationen zur Herkunft und weitere Details werden jetzt zusammengestellt. Diese Ergebnisse sind ein großer Erfolg unserer umfangreichen Suche und werden die weiteren Ermittlungen hoffentlich einen großen Schritt voran bringen.“

Einen weiteren Erfolg kann das HU auch in der Analyse des Erregers vorweisen: Die Mikrobiologen des Institutes haben Bakterienstämme von 47 EHEC-Patienten dem Serotyp O104 zugeordnet. „Auch dieser Erfolg vereinfacht die Arbeit der Gesundheits- und Verbraucherschutzbehörden enorm. Zum einen kann jetzt viel gezielter untersucht werden, zum anderen handelt es sich bei O104 um einen Bakterienstamm, der selten vorkommt“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks.

**In Hamburg wurden weitere Verdachtsfälle sowie bestätigte Erkrankungen des Hämolytisch-
Urämischen-Syndroms (HUS), verursacht durch EHEC, festgestellt. Es wurden bis heute (Stand
11 Uhr) etwa 300 Fälle von Patientinnen und Patienten, die mit EHEC infiziert bzw. EHEC-
Verdachtsfälle sind gemeldet. Von diesen Fällen werden in den Hamburger Krankenhäusern 66
Personen stationär aufgrund HUS oder HUS-Verdachts behandelt.**

Die in Hamburg von HUS betroffenen Patientinnen und Patienten sind weiterhin im Alter zwischen 9 und 77 Jahren. Unter den genannten HUS-Patientinnen und Patienten sind 13, die aus dem Hamburger Umland stammen. Auffallend bleibt die Verteilung der Geschlechter: Neben 18 männlichen Erkrankten wurden 48 weibliche gemeldet.

„Die Zahlen der Erkrankten und damit auch die Belastungen in den Hamburger Krankenhäusern steigen leider weiter“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Zwar ist der Anstieg geringer geworden, aber um die vorhandenen Kapazitäten, vor allem zur vielfach nötigen

Blutreinigung, möglichst optimal zu nutzen sind Verlegungen zwischen Hamburger Krankenhäusern und nach außerhalb notwendig. Es bestehen darüber hinaus noch Kapazitäten in ambulanten Praxen und in den anderen Bundesländern, so dass auch die Behandlung von weiteren Fällen gesichert ist.“

Eine vom Robert Koch-Institut mit Unterstützung der Hamburger Gesundheitsbehörden durchgeführte epidemiologische Studie zeigte, dass betroffene Patienten die genannten Lebensmittel signifikant häufiger verzehrt hatten als gesunde Studienteilnehmer. Diese Ergebnisse werden nun durch die Befunde aus Hamburg bestätigt.

„Der Verzehr verunreinigter Gurken würde viele der HUS-Fälle in Hamburg erklären. Da die Studie jedoch bislang lediglich in Hamburg durchgeführt wurde, hat sie nur bedingt Aussagewert für andere betroffene Orte“, so Prüfer-Storcks. „Es ist also nicht auszuschließen, dass auch andere Lebensmittel als Infektionsquelle in Frage kommen. Deshalb werden wir auch im HU weiter intensiv testen.“

Aufgrund der Hinweise aus den Befragungen des RKI wurden bereits seit dem Wochenende Lebensmittelproben, darunter auch Gurken, vom Großmarkt sowie bei großen Handelsketten gezogen. Desweiteren wurden auch Lebensmittelproben aus den Privathaushalten erkrankter Personen untersucht, soweit noch verdächtiges Material vorhanden war. Der Fokus liegt derzeit auf der Ermittlung von Vertriebswegen, um mögliche Zusammenhänge zwischen den Erkrankungsfällen in den Ländern herstellen zu können.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

Institut für Hygiene und Umwelt,
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Sinje Köpke; Tel. 428 45-7304,
E-Mail: sinje.koepke@hu.hamburg.de

27. Mai 2011/bgv27

Spurensuche nach Händlern belasteter Gurken geht weiter

Zahl der Erkrankungen weiter gestiegen: 79 HUS-Erkrankungen in Hamburg

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist bei der Suche nach den Unternehmen, die die mit EHEC belasteten Gurken vertrieben haben, einen Schritt weiter, aber noch nicht am Ziel: Neben den bereits identifizierten Unternehmen Bio Frunet (Malaga) und Hort o fruticola (Almeria) in Spanien, von denen drei der Gurken exportiert wurden, deuten Hinweise bei der vierten positiv getesteten Gurke auf Lieferwege aus den Niederlanden hin. Die Ermittlungen diesbezüglich laufen aber noch, so dass bislang kein Unternehmen benannt werden kann.

Zu den aktuellen Fallzahlen: In Hamburg wurden weitere Verdachtsfälle sowie bestätigte Erkrankungen des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS), verursacht durch EHEC, festgestellt. Es wurden bis heute (Stand 10:30 Uhr) 400 Fälle von Patientinnen und Patienten, die mit EHEC infiziert bzw. EHEC-Verdachtsfälle sind gemeldet. Von diesen Fällen werden in den Hamburger Krankenhäusern 79 Personen stationär aufgrund HUS oder HUS-Verdachts behandelt.

„Der Anstieg der HUS-Fälle in Hamburg geht weiter“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Die Hoffnung, dass der Höhepunkt der Erkrankungswelle erreicht ist, erfüllt sich leider nicht. Wir arbeiten weiterhin eng mit den Krankenhäusern in Hamburg zusammen, um die Versorgung sicher zu stellen. Es ist offensichtlich, dass wir auf Versorgungskapazitäten in andern Bundesländern, wie z.B. in Hannover, zurückgreifen müssen, um die Versorgung von Neufällen auch am Wochenende zu gewährleisten.“

Die Altersverteilung der in Hamburg von HUS betroffenen Patientinnen und Patienten liegt zwischen 8 und 77 Jahren. Die Verteilung der Geschlechter: Neben 23 männlichen Erkrankten wurden 56 weibliche gemeldet.

Die Ermittlungen hinsichtlich der Erkrankungsursache und der Verteilung der identifizierten Gurken laufen weiterhin auf Hochtouren. Die in Medien widergegebene Behauptungen eines spanischen Produzenten, die belasteten Gurken seien in Hamburg von einer Palette gekippt und dadurch verunreinigt worden, wies die Gesundheitssenatorin zurück. „**Dass die belasteten Gurken von einer**

einigen Palette stammten, die durch ein Umkippen verseucht wurden, können wir aufgrund der Probenentnahme an unterschiedlichen Stellen ausschließen“, so Prüfer-Storcks. „Auch kann Ware von einer einzigen Palette unmöglich zu EHEC-Primär-Infektionen mit diesem Ausmaß führen.“

Neuigkeiten gibt es zum Fall des in Hamburg Verstorbenen mit EHEC-Verdacht: Erste Proben wurden positiv auf EHEC getestet.

Weitere Informationen zur Erkrankung oder zu Hygienemaßnahmen sind über die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv sowie über den telefonischen Hamburg Service unter 428 28 -0 verfügbar.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

29. Mai 2011/bgv27a

Hamburger Pflegestützpunkte informieren!

Plakataktion und Veranstaltungsreihe im Juni rund ums Thema Pflege

Wie organisiere ich gute Pflege zuhause? Welche Anträge muss ich stellen? Was zahlt die Pflegekasse und was muss ich selbst finanzieren? Auf diese und alle anderen Fragen rund um das Thema Pflege erhalten die Hamburgerinnen und Hamburger seit knapp zwei Jahren qualifizierte Antworten in den neun Hamburger Pflegestützpunkten. Vom 30. Mai bis zum 10. Juni 2011 werben die Pflegestützpunkte mit einer groß angelegten Plakataktion in den Hamburger U- und S-Bahnhöfen für ihr Informations- und Beratungsangebot. Außerdem laden sie für den 8. und 9. Juni zu Informationsveranstaltungen über verschiedene Pflegethemen ein.

„Ich freue mich, dass das Angebot der Pflegestützpunkte, so gut angenommen wird. Schon knapp 11.000 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie Organisationen und Einrichtungen haben sich dort Information und Beratung aus einer Hand geholt. Die Pflegestützpunkte sind zu einem wertvollen Baustein der bestehenden Beratungsstrukturen in Hamburg geworden“, so **Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die Zahlen zeigen, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen einen hohen Informationsbedarf haben, aber auch Hilfe bei der Organisation und der Finanzierung der Pflege benötigen. In den Pflegestützpunkten können wir Ihnen kompetent und schnell weiterhelfen.“

Um das Angebot der Pflegestützpunkte noch bekannter zu machen, werben diese ab Montag zehn Tage lang mit Plakaten für ihr Informations- und Beratungsangebot. Einen Einblick in die Themen, zu denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte beraten, können Interessierte am 8. und 9. Juni bekommen, wenn es in acht der neun Pflegestützpunkten Informationsveranstaltungen gibt. Es wird dann zum Beispiel um die Pflege zuhause, um Leistungen der Pflegeversicherung, oder um die Qualität in der Pflege gehen. Welcher Pflegestützpunkt sich welchem Thema widmet, ist ab Montag auf den Plakaten und ab sofort auf der Internetseite der Stützpunkte unter www.hamburg.de/pflegestuetzpunkte zu lesen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bgv

Was sind Pflegestützpunkte?

Pflegestützpunkte werden gemeinsam von den Kranken- und Pflegekassen sowie der Stadt Hamburg getragen. Seit Anfang 2009 beraten sie pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen unabhängig zu allen Fragen rund um das Thema Pflege. Die Beraterinnen und Berater unterstützen z.B. bei Fragen der Finanzierung, beim Ausfüllen von Anträgen oder bei der Suche nach einem geeigneten Heimplatz.

Darüber hinaus bieten die Pflegestützpunkte eine umfassende individuelle Begleitung über einen längeren Zeitraum an, auf Wunsch kann das gesamte Leistungsgeschehen koordiniert werden. Das Besondere an Pflegestützpunkten ist, dass all diese Leistungen unter einem Dach erfolgen. Bisher mussten etwa bei Anträgen zur Hilfe zur Pflege verschiedene Stellen aufgesucht werden (Kranken-/Pflegekassen bzw. Bezirksamter). In einem Pflegestützpunkt gibt es all diese Informationen und Unterstützungsangebote an einem Ort.

Standorte und Erreichbarkeit der Pflegestützpunkte

Montags von 8-12 Uhr und donnerstags von 14-18 Uhr bieten Pflegestützpunkte persönliche Beratung auch ohne Voranmeldung. Für eine telefonische Beratung sind die Pflegestützpunkte dienstags und freitags von 8 bis 12 Uhr erreichbar. Bei Bedarf kann eine persönliche Beratung außerhalb der Öffnungszeiten vereinbart werden, auf Wunsch auch zuhause. Darüber hinaus ist die Kontaktaufnahme per Mail oder per Rückrufbitte auf dem Anrufbeantworter möglich.

Pflegestützpunkt Altona Achtern Born 135 Telefon 040 / 4 28 99-10 10	Pflegestützpunkt Mitte Besenbinderhof 41 Telefon 040/ 428 99-10 50	Pflegestützpunkt Hamburg- Eimsbüttel Garstedter Weg 13 Telefon 040 / 4 28 99 10 30
Pflegestützpunkt Harburg Harburger Ring 33 Telefon 040/ 4 28 99 10 40	Pflegestützpunkt Wandsbek-Markt Wandsbeker Allee 62 Telefon 040/ 4 28 99 10 70	Pflegestützpunkt Bergedorf Weidenbaumsweg 21/Eingang 3 Telefon 040/ 4 28 99 10 20
Pflegestützpunkt Rahlstedt Rahlstedter Straße 151 – 157 Telefon 040/ 4 28 99 10 80	Pflegestützpunkt Hamburg-Nord Kümmellstraße 7 Telefon 040/ 428 99-10 60	Pflegestützpunkt für Kinder und Jugendliche Eppendorfer Landstraße 59 Telefon 040/ 4 28 99 10 90

Weitere Informationen zu Pflegestützpunkten gibt es unter www.hamburg.de/pflegestuetzpunkte.

28. Mai 2011/bgv28

Keine Entwarnung beim Gurken- oder Salatverzehr Zahl der Erkrankungen erneut gestiegen: 91 HUS-Erkrankungen in Hamburg

„Der geringere Anstieg an EHEC-Fällen stimmt vorsichtig optimistisch, aber auch am Wochenende hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, dass der Zuwachs an neuen HUS-Fällen deutlich geringer wird. Es ist zudem bedauerlich, dass wir in Hamburg einen weiteren Todesfall zu beklagen haben“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Jeder Tag mehr bedeutet eine weitere Herausforderung für die Krankenhäuser in Hamburg. Nach wie vor ist die Versorgung in Hamburg sicher gestellt. Aber wir werden auch weiter auf Ressourcen in den andern Bundesländern zurückgreifen und Patientinnen und Patienten verlegen. Dem Aufruf, in der kommenden Woche Blut zu spenden, schließe ich mich ausdrücklich an. Selbst wenn die Vorräte an Blutplasma noch ausreichen, so müssen wir doch bereits jetzt an die Zeit danach denken.“ Weiterhin warnt die Senatorin vor dem Verzehr von Gurken, Tomaten und Salat: „Es ist zu früh, um Entwarnung zu geben. Waschen oder Schälen bietet zwar einen guten Schutz, aber der Erreger kann auch in den Lebensmitteln sein. Wer auf Nummer sicher gehen will, der sollte im Moment auf gekochtes Gemüse umstellen.“

Neben einer weiter ansteigenden Fallzahl an EHEC-Erkrankungen wurde heute ein weiterer Todesfall in Hamburg gemeldet. Im UKE verstarb in der vergangenen Nacht eine 87-jährige Patientin, die seit Anfang der Woche stationär versorgt wurde, in Folge der HUS-Erkrankung. Die aktuellen Fallzahlen: In Hamburg wurden bis heute 467 Fälle von Patientinnen und Patienten, die mit EHEC infiziert bzw. EHEC-Verdachtsfälle sind, gemeldet. Von diesen Fällen werden in den Hamburger Krankenhäusern (Stand heute 11 Uhr) 91 Personen stationär aufgrund des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS) oder HUS-Verdachts behandelt. Weiter sind weibliche Personen mit 66 Fällen überproportional vertreten.

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist trotz intensiver Suche nach dem Unternehmen, das die vierte mit Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC) belastete Gurken vertrieben hat, noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Weiterhin deuten Hinweise auf Lieferwege aus den Niederlanden hin, ein Unternehmen kann aber noch nicht benannt werden. Weitere positive EHEC-Nachweise auf Gurken oder andern Lebensmitteln wurden bislang nicht gefunden.

Die Laboranalyse zum Zusammenhang zwischen den positiven Proben bei Gurken und den Stuhlproben der erkrankten Patientinnen und Patienten dauert an. Mit Ergebnissen wird in der kommenden Woche gerechnet.

Weitere Informationen zur Erkrankung oder zu Hygienemaßnahmen sind über die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv sowie über den telefonischen Hamburg Service, auch am Wochenende, unter 428 28 -0 verfügbar.

HINWEIS: Aktualisierte Zahlen werden durch die BGV wieder am Montag, 30. Mai, gegen 12:30 Uhr, bekannt gegeben. Ein Update am morgigen Sonntag, 29. Mai, erfolgt nicht.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

23. Mai 2011/bsu23

Gutachten zum Rückkauf der Energienetze online

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt stellt vom Vorgängersenat zurückgehaltene Expertisen ins Internet

Es geht um das Zukunftsthema Energienetze. Um Chancen und Risiken von deren Rückkauf für Hamburg so gut wie möglich einschätzen zu können, hatte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Dezember 2008 zwei Gutachten in Auftrag gegeben, die seit Frühjahr 2009 vorlagen. Sie waren vom Vorgängersenat unter Verschluss gehalten worden.

Senatorin Jutta Blankau: „Ich halte nichts von Verzögerungstaktiken und Geheimhaltung. Gerade beim Thema Rückkauf der Energienetze - einer zentralen umweltpolitischen Forderung des neuen Senats - ist Transparenz selbstverständlich und notwendig. Verbände und die interessierte Öffentlichkeit sollen sich umfassend informieren können. Ich freue mich auf eine breite, konstruktive Diskussion.“

Es geht um folgende Gutachten:

- **„Überführung der Energienetze in öffentliche Verantwortung und Gründung kommunaler Stadtwerke“**, Februar 2009; Autorin: LBD Beratungsgesellschaft mbH, Berlin und
- **„Kommunalisierung der Energienetze auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg - Machbarkeitsstudie Netze -“**, Mai 2009; Autoren: Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Bremen. Hier sind einige wenige Stellen wegen des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen geschwärzt.

Beide stehen unter <http://www.hamburg.de/energieagentur/aktuelles/> zum Download bereit.

Aus den gleichen Gründen ist vorletzten Donnerstag (12. Mai 2011) auch die bisher zurückgehaltene Studie über die **„Berechnung KFZ-bedingter Schadstoffemissionen und -immissionen“** in Hamburg ins Internet gestellt worden. Sie steht seitdem unter <http://www.hamburg.de/start-elektrosmog-luft-laerm/2892796/gutachten-luftreinhaltung.html> ebenfalls zum Download bereit.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

25. Mai 2011/bsu25

Schlau kaufen statt Kaufrauschen

Zweiter Umwelthauptstadt-Dialog am 27. Mai auf der Messe „good goods“

Der zweite Umwelthauptstadt-Dialog startet: Biobrause, schadstofffreie T-Shirts oder 3-Liter-Auto – umweltbewusste Produkte gibt es viele. Aber welche werden den Ansprüchen an Praktikabilität und Preis/Leistung gerecht? Welche Wege führen zu einem nachhaltigen Konsum? Übermorgen, Freitag, den 27. Mai, kommen Bürger wieder mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden ins Gespräch, können eigene Ideen einbringen, sich informieren und austauschen.

Diese Chance haben rund 200 Besucher beim hervorragend besuchten ersten Dialog am 17. Mai zum Thema „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ bereits genutzt. Die Ergebnisse aus den Diskussionsrunden werden wie bei jedem Umwelthauptstadt-Dialog mit einem symbolischen Staffeltab der Leitung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt übergeben. Weiterführende Diskussionen sind online in speziellen Themenräumen beim Ideenportal nexthamburg.de möglich. Für den zweiten Dialog ist eine Anmeldung erforderlich unter www.umwelthauptstadt.hamburg.de/veranstaltungen

Jutta Blankau, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Wir sind mit den Ergebnissen des ersten Umwelthauptstadt-Dialogs hoch zufrieden. Die große und engagierte Beteiligung macht deutlich, dass die Hamburger aktiv auf Umwelt- und Klimaschutzfragen der Hansestadt Einfluss nehmen möchten und können. Die Veranstaltungsreihe bietet die einmalige Chance, dass alle Beteiligten an einen Tisch kommen.“ Nach Abschluss der insgesamt siebenteiligen Veranstaltungsreihe bis November wird es im Frühjahr 2012 einen Folge-Dialog geben, der aufzeigt, wie die einzelnen Ergebnisse praktisch umgesetzt werden können.

Im ersten Teil der Veranstaltung „Schlau kaufen statt Kaufrauschen – Wege zum nachhaltigen Konsum“ erhält der Besucher von Fachleuten einen Überblick über die Thematik: Ergebnisse einer Studie zum gegenwärtigen Stand des Umweltbewusstseins der Hamburger, konkrete Umwelttipps und aktuelle Trends im Nachhaltigkeits-Marketing. Anschließend finden elf verschiedene Messerundgänge statt – je nach Themen und Interessenschwerpunkts der Teilnehmer. Die Verbraucher bewerten dabei

in kleinen Gruppen die Angebote auf der Messe „good goods“. Mode, Essen oder Möbel: In einer Abschlussdiskussion werden die Herausforderungen nachhaltigen Konsums erörtert, die Ergebnisse der Messerundgänge präsentiert und nächste Schritte vereinbart.

Die Teilnahme an allen Umwelthauptstadt-Dialogen ist kostenfrei.

Die kommenden Umwelthauptstadt-Dialoge im Überblick

- 27. Mai 2011: **Schlau kaufen statt Kaufrauschen** – Wege zum nachhaltigen Konsum
Ort: Hamburg Messe goodgoods, 16.00 bis 19.00 Uhr, Messeplatz 1, 20357 Hamburg
- 15. Juni 2011: **Hamburgs blaues Gold** – Leben mit Wasser
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- September 2011: **2050 beginnt jetzt** – Der Hamburger Masterplan Klimaschutz
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- 14. September 2011: **Da geht was!** – Klimafreundlich mobil in Hamburg
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- 28. September 2011: **Unendlich viel Wert** – Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg
- November 2011: **Stadt der (T)Räume** – Perspektiven für urbanes Grün
Ort: Kampnagel, 18.00 bis 21.30 Uhr, Jarrestraße 20, 22303 Hamburg

Kontakte:

schönknecht : kommunikation, Thorsten Simon, T: (040)30 38 26 70, t.simon@schoenknecht-kommunikation.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49,

Volker.Dumann@bsu.hamburg.de

26. Mai 2011/bsu26

Hühnerposten: Umwelthauptstadt XXL

„Deine Umwelt, Deine Stadt, Dein Engagement, Du bist Hamburg!“- Riesenplakat der Umwelthauptstadt in der Hamburger City

21 x 7,20 m groß ist die Botschaft der Umwelthauptstadt, die seit heute am Mittelurm des Hühnerpostens zu lesen ist. Das Riesenplakat an der Nordfront gegenüber dem Hauptbahnhof wirbt drei Monate lang an hervorragender Stelle für die Umwelthauptstadt: Hier fahren und gehen täglich über 100.000 Auto-, Bus- und Bahnfahrer sowie Fußgänger vorbei.

„Mit dem Plakat rufen wir alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, sich an den vielen, vielen Aktivitäten der Umwelthauptstadt zu beteiligen und aktiv mitzumachen bei Umwelt- und Klimaschutz in unserer Stadt. Die über tausend Themen, Touren und Termine stehen dabei für die große Bandbreite, die die Umwelthauptstadt Hamburg 2011 dem persönlichen Engagement bietet“, sagte Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, bei der Enthüllung. Gemeinsam mit Markus Schreiber, Leiter des Bezirksamts Mitte, hatte die Senatorin den Startschuss gegeben, bei der sich in einer spektakulären Aktion zwei Fassadenkletterer links und rechts vom Riesenplakat abseilten.

Wie vielfältig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist, zeigen bereits heute zahlreiche Beispiele: Mit dem „**Projekt der Woche**“ stellt die Umwelthauptstadt auf ihrer Webseite und auf Facebook schon seit Beginn des Jahres jede Woche engagierte Unternehmen, Verbände und Einrichtungen vor: <http://umwelthauptstadt.hamburg.de/projekte/> und <http://www.facebook.com/Hauptstadt.Hamburg>. Auch das neue **Programmheft der Umwelthauptstadt für Mai bis Dezember** lädt zum Mitmachen ein: Bei insgesamt sieben **Umwelthauptstadt-Dialogen** kann jeder aktiv auf Umwelt- und Klimaschutzfragen Einfluss nehmen (der nächste Dialog findet am Freitag, den 27. Mai, auf der „**goodgoods**“, **der Messe für nachhaltigen Konsum** in der Hamburg Messe statt). Der „**Jugendumweltgipfel**“ vom 9. bis 11. September unterstützt bereits jetzt zahlreiche Umweltprojekte von Jugendlichen (www.jug2011.de). Anlässlich des Umwelthauptstadtjahres bieten rund 40 Partner insgesamt 370 **Umwelttouren** zu unterschiedlichsten Themen an. Auch die Umwelthauptstadt selbst lädt jeden Sonnabend ein zur kostenlosen „**Hauptstadt tour - Hamburg für Umweltentdecker**“, die jeweils um 15.00 Uhr am Infopavillon zwischen Hauptstadtbahnhof und Kunsthalle startet. Das Programmheft steht unter <http://l.hh.de/UHH-Programmheft> zum Download bereit und liegt als gedruckte Version an zentralen Orten wie in Kinos, Kneipen und den Bezirksämtern aus.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

29. Mai 2011/bsu29

Weichenstellung stimmt

Der „Zug der Ideen“ bringt Europäer ins Gespräch über die Stadt der Zukunft

Das zeigt klar eine erste Zwischenbilanz nach sieben Stationen in nord- und mitteleuropäischen Städten: Hamburg, Kopenhagen, Malmö, Göteborg, Oslo, Zürich und München. Die Ausstellung beeindruckte nach Hamburg bislang mehr als 12.000 Besucher und hat damit derzeit gut 20.000 insgesamt. Dazu kommt die Resonanz in verbreitungsstarken Medien vor Ort: „Hamburg wird eine richtig grüne Stadt“, titelte die Kopenhagener „Berlingske Tidene“, mit einer Auflage von etwa 150.000 Exemplaren die zweitgrößte Tageszeitung Dänemarks. Der größte norwegische Fernsehsender NRK berichtete allein viermal live vom Zug in Oslo. Die öffentliche Rundfunkanstalt verfügt - wie die ARD - über mehrere Regionalstudios und Sender. Der „Tages-Anzeiger“, eine der größten überregionalen Schweizer Tageszeitungen (Auflage: rund 200.000) lobte die mit „vielen klugen Details gespickte Schau“ im Zug. Die „Münchner Abendzeitung“, mit einer Auflage von rund 130.000 Exemplaren pro Tag die wichtigste Boulevardzeitung der bayerischen Hauptstadt, widmete dem Zug und weiteren Umweltthemen sogar eine eigene Beilage. Insgesamt wurden von Kopenhagen bis München so viele Zuschauer, Leser und Hörer erreicht wie Hamburg aufgerundet Einwohner hat: 1,8 Millionen.

Vier Städte nahmen die Ausstellung zum Anlass, den Umweltdialog mit begleitenden Aktionen weiter zu vertiefen: Kopenhagen veranstaltete ein Forschungsfestival für Schüler. Malmö ergänzte die Ausstellung durch eine Präsentation eigener Umweltprojekte rund um den Zug. Zürich verlegte seine etablierten „Umwelttage“ extra um zwei Wochen auf die Ankunft des Zuges. München lud Kinder und Jugendliche zum ersten Klimaschutztag in der Stadt ein. Die Besucher interessiert immer wieder ganz besonders die Frage nach der Stadt der Zukunft: Hamburg konnte zum Beispiel in Kopenhagen mit dem StadtRad punkten - das Leihfahrrad-System in der dänischen Hauptstadt ist veraltet und soll demnächst modernisiert werden. An allen Stationen Skandinaviens beeindruckte zudem die HafenCity, da auch in den Kopenhagen, Göteborg und Malmö ähnliche Bauprojekte am Wasser entstehen.

Aktuell ist der Zug unterwegs nach Osteuropa. Nach München steht ab Dienstag Warschau auf dem Tourplan, gefolgt von Riga und Tallin. Dann folgen noch acht weitere Stationen in Mittel- und Westeuropa, bis der „Zug der Ideen“ Ende September nach Hamburg zurückkehrt.

Weiterer Fahrplan

31. Mai bis 04. Juni	Warschau	07. bis 10. Juli	Nantes
07. bis 10. Juni	Riga	01. bis 04. Sept.	Paris

12. bis 14. Juni	Tallinn	07. bis 13. Sept.	Brüssel
20. bis 22. Juni	Wien	15. bis 19. Sept.	Amsterdam
25. bis 29. Juni	Barcelona	21. bis 25. Sept.	Antwerpen
02. bis 04. Juli	Marseille	29. Sept. bis 20. Okt.	Hamburg

Mit dem Zug der Ideen wird die Umwelthauptstadt Europas 2011 mobil. Die Stadt Hamburg realisiert das Projekt mit Unterstützung von Deutsche Bahn (DB) und Siemens, den Premium-Partnern der Umwelthauptstadt Europas 2011, sowie von Sponsorpartner Panasonic.

Weitere Informationen zum „Zug der Ideen“ auf www.train-of-ideas.net/

Rückfragen:

Volker Dumann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Tel.: 040 428 40 – 32 49, Mobil: 0172 412 63 26, Mail: volker.dumann@bsu.hamburg.de

26. Mai 2011/bwf26/bsb26

Neue Internetplattform informiert Schülerinnen und Schüler über Angebote der Hochschulen

"Studier doch! Wege ins Studium" soll Interesse am Studium wecken

In fast zweijähriger Vorarbeit des Netzwerks „Wege ins Studium“ ist eine in Deutschland bislang einzigartige Internetplattform entstanden, die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte über das vielfältige Angebot der Hamburger Hochschulen, Universitäten und weiteren Einrichtungen informiert. Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Schulsenator Ties Rabe haben das neue Portal „Studier doch!“ heute vorgestellt.

Die Internetplattform bietet erstmals zentral einen Überblick über derzeit rund 150 studienorientierte Informationsveranstaltungen, Praxisangebote, Schnupperstudien, Tage der Offenen Tür und Beratungsangebote der staatlichen und privaten Hamburger Hochschulen und weiteren Einrichtungen, wie z.B. der Agentur für Arbeit oder dem Studierendenwerk. Das Portal soll Schülerinnen und Schüler motivieren, sich für ein Studium zu interessieren.

Die Internetplattform mit einer umfassenden Datenbank und Suchfunktion ist ab sofort unter www.studierdoch.hamburg.de zu erreichen. Die Suchmaske ermöglicht zum Beispiel eine Suche nach Zielgruppe, Veranstaltungsart, Fachrichtung oder Zeitraum. Die beteiligten Hamburger Hochschulen und weiteren Einrichtungen haben einen direkten Zugang zum Portal, um ihre Angebote online zu stellen und ständig zu aktualisieren.

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: „Das Internet ist das Medium, mit dem junge Menschen heute aufwachsen und das sie täglich benutzen. Mit dem neuen Angebot wollen wir das Interesse der Schülerinnen und Schülern an einem Studium frühzeitig wecken und ihnen einen Überblick über die zahlreichen Informationsmöglichkeiten geben. So können wir den Übergang zwischen Schule und Hochschule noch weiter verbessern.“

Schulsenator Ties Rabe: „Die Vernetzung bislang an verschiedenen Stellen vorhandener Informationen war ein lange nötiger Schritt, der jetzt gelungen ist. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler sich an einem Ort und optimal im Blick auf ein Studium orientieren können.“

Das Netzwerk "Wege ins Studium" ist eine gemeinschaftliche Initiative von Bundesagentur für Arbeit (BA), Bundeselternrat (BER), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutschem Studentenwerk (DSW), Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag. Im Jahre 2009 hat die Behörde für Schule und Berufsbildung stellvertretend für die Kultusministerkonferenz die Geschäftsführung übernommen. Im Rahmen des Netzwerks haben die Behörden für Schule und Berufsbildung sowie für Wissenschaft und Forschung in einer gemeinsamen Initiative die Internetplattform „Studier doch!“ entwickelt.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung
Tel: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel.: 040 42863-2003, pressestelle@bsb.hamburg.de

24.

Mai

2011/bwvi24

Service pur für Unternehmer und Gründer auf hamburg.de

Hamburgs Online-Stadtportal bietet Unternehmern ab sofort einen verbesserten Service. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation hat unter www.hamburg.de/wirtschaft ein Angebot geschaffen, das rund 200 Dienstleistungen der Verwaltung, der Handelskammer und Handwerkskammer sowie von Verbänden bündelt.

Der Unternehmerservice begleitet Unternehmen in den unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung, ganz gleich, ob es um Gründung und Ansiedlung, Bauvorhaben, Innovationen oder andere Fragen geht. Die Nutzer werden direkt zu Ansprechpartnern, Förderung und Beratung in der Stadt und in der Metropolregion geführt. Auch die Verwaltung kann sich über Angebote für die Wirtschaft informieren und so Unternehmen besser beraten. Gründern und Investoren präsentiert hamburg.de die Stadt als chancenreichen Wirtschaftsstandort mit ausgezeichnete Lebensqualität.

Wirtschaftssenator Frank Horch: „Mit dem neuen Unternehmerservice auf hamburg.de fördern wir die Wirtschaft. Damit befriedigen wir viele Unternehmerfragen bereits online, was für Betriebe Effizienzgewinne bedeutet. Wir setzen zudem einen Impuls im Standortwettbewerb: Eine funktionierende Verwaltung, die sich auch online präsentiert, macht den Wirtschaftsstandort attraktiver.“

Die Internetseiten verweisen auf mehr als 200 Dienstleistungen von rund 50 Institutionen. Außer Behörden zeigen zum Beispiel die Handelskammer etwa 20 Services und die Handwerkskammer rund zehn Leistungen für Unternehmer. Die 14 Themen-Rubriken sind so benannt, dass Unternehmer intuitiv ans Ziel gelangen. Ein englischsprachiger Bereich nennt ausländischen Gründern und Investoren wichtige Anlaufstellen, etwa bei der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung HWF, die Zugang zu allen weiteren Services ermöglichen.

Das Angebot ist konsequent auf Nutzer aus dem Mittelstand zugeschnitten. In Kooperation mit der Handelskammer Hamburg fand eine Umfrage unter Unternehmern zu Nutzungsgewohnheiten von E-Government sowie zu Wünschen an einen künftigen Online-Unternehmerservice statt. Die Universität Hamburg (Lehrstuhl Wirtschaftsinformatik, Prof. Dr. Markus Nüttgens) begleitete das Projekt wissenschaftlich. Tests mit Unternehmern an drei verschiedenen Stationen der Umsetzungsphase sorgten dafür, dass das Internetangebot nutzerfreundlich ist.

Pressefotos: www.hamburg.de/wirtschaft-aktuell (kostenlose Nutzung für redaktionelle Zwecke).

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

24. Mai 2011/bwvi24a

Hamburg unterstützt den Bund bei der Durchführung eines Feldversuches für Lang-Lkw

Die Entscheidung geht auf einen Beschluss des alten Senats vom 1. Februar 2011 zurück.

Mit dem Einsatz des Lang-Lkw kann aus Sicht des amtierenden Senats eine entlastende Wirkung und damit eine effizientere Nutzung des Straßenraums bewirkt werden könnte – ein wichtiger ökologischer Aspekt. Der Senat hält die Durchführung des Versuchs für sinnvoll. Neben Hamburg beteiligen sich Hessen, Bayern, Thüringen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Mit Blick auf das Thema „Hafenanbindung und Hinterlandverkehr“ wäre ein Ausscheren Hamburgs nicht sinnvoll.

Hamburg hat dem Bund jedoch klar signalisiert, dass diese Lkw nur auf Strecken zum Einsatz kommen können, die dafür auch geeignet sind. Das Stadtstraßennetz ist ausgenommen. Damit wird auch den Bedenken in der Bevölkerung Rechnung getragen, nach denen erhöhte Belastungen zu befürchten sind. Der Senat nimmt diese Bedenken sehr ernst.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

26.Mai 2011/bwvi 26

Nationale Maritime Konferenz

Senator Horch ist Vertreter der Küstenländer auf dem Podium des Schifffahrtsworkshops

Das maritime Bündnis besteht seit 10 Jahren. Es wurde seinerzeit mit der Zielsetzung vereinbart, die Ausflagung zu stoppen sowie die Beschäftigung und Ausbildung zu fördern. Bündnispartner sind Bund, Küstenländer, VDR und ver.di. Alle haben ihren Teil zum Erfolg des Maritimen Bündnisses beigetragen. Auf bisher jeder Nationalen Maritimen Konferenz konnten eine Zunahme von Ausbildung und Beschäftigung sowie der Anzahl von Schiffen unter deutscher Flagge festgestellt werden.

Mitte letzten Jahres hat die Bundesregierung die Halbierung der Finanzhilfen des Bundes zur Senkung der Lohnnebenkosten für dieses Jahr angekündigt. Anschließend sollen die Finanzhilfen ganz auslaufen sowie auch der Lohnsteuereinbehalt wegfallen. Die gemeinsam vereinbarte Zielsetzung des Maritimen Bündnisses, die Eindämmung der Ausflagung, wird so auf keinen Fall erreicht werden. Hamburg und die anderen Küstenländer appellieren daher an die Bundesregierung, die Finanzhilfen zur Senkung der Lohnnebenkosten beizubehalten. Senator Frank Horch wird diese Position im Workshop nochmals unterstreichen.

Senator **Frank Horch** sagt dazu: „Der Wegfall der Finanzhilfen des Bundes hätte klar negative Auswirkungen auf den Schifffahrtsstandort Deutschland. Aufgrund von Ausflagung sinkt nicht nur die Beschäftigung deutscher Seeleute. Es wirkt sich insbesondere im Bereich der Ausbildung aus. Die überwiegende Mehrheit der Ausbildung findet unter deutscher Flagge statt und sichert nachhaltig das maritime Know-How am maritimen Standort Deutschland. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das auch in Zukunft so bleibt.“

Aus Sicht Hamburgs und der Küstenländer ist Ausbildung essentielle Voraussetzung für die Zukunftssicherung der maritimen Wirtschaft.

Wesentliche Bereiche der maritimen Wirtschaft rekrutieren seemännisch ausgebildetes Personal - wie Klassifizierungsgesellschaften, Lotsen, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung u.a. Dafür ist Ausbildung qualitativ wie auch quantitativ unverzichtbar. Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund eines

zunehmenden Fachkräftemangels wird von den Küstenländern eine Öffnung der Schiffbesetzungsverordnung abgelehnt.

Die Küstenländer haben ihre Verpflichtung zur Bereitstellung von bedarfsgerechten Ausbildungskapazitäten in den letzten Jahren erfüllt. Die Länder haben hohe Investitionen getätigt - insbesondere Niedersachsen - und einen hohen Standard in der Qualität der Ausbildung erreicht. Daher wird von den Bündnispartnern ein Beitrag zum Fortbestand des Maritimen Bündnisses und zur Sicherung des Schifffahrtstandortes Deutschland erwartet. Senator Horch dazu: „Die deutsche Schifffahrt generiert auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen an Land – bei den maritimen Dienstleistern und im gesamten maritimen Cluster. Diese gilt es ebenso zu sichern, wie die Arbeitsplätze auf See.“

Die Küstenländer haben in diesem Zusammenhang den Vorschlag gemacht, dass die Bundesregierung im Rahmen ihres geplanten Gutachtens zur Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Handelsflotte unter deutscher Flagge auch die möglichen Auswirkungen der Kürzung der Finanzhilfen und einer Öffnung der Schiffsbesetzungsverordnung betrachten soll.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

26.Mai 2011/bwvi 26a

Welthafenkonferenz 2015 in Hamburg

Internationale Wertschätzung des Hamburger Hafens

Der Hamburger Hafen hat als wichtiger Wirtschaftsstandort nicht nur national, sondern auch international eine große Bedeutung. Das belegt die Entscheidung aus Busan von gestern.

Derzeit findet die Konferenz der **International Association of Ports and Harbors – die Welthafenkonferenz – in Busan, Korea statt. Die Vertreter aller wichtigen internationalen Häfen tagen alle zwei Jahre. Im Jahr 2013 wird die Konferenz in Los Angeles, in den USA stattfinden.**

Bei der diesjährigen Zusammenkunft wurde für das Jahr 2015 entschieden. Hamburg wird dann Gastgeber für die Hafenexperten aus aller Welt sein. Für Wirtschaftssenator Frank Horch ein Zeichen der Wertschätzung, das die internationale Bedeutung Hamburgs als Hafenstandort belegt. „Ich freue mich sehr, dass die Welthafenkonferenz im Jahr 2015 nach Hamburg kommt. Das ist eine großartige Chance den Hafen sich auch international noch deutlicher zu positionieren. Insgesamt ist eine so bedeutende Konferenz eine hervorragende Werbung für die gesamte Stadt.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

26. Mai 2011/bwvi26c

Sperrfrist heute 18:30 Uhr

„Erneuerbare Energien sind der Weg in die Zukunft“

Senator Frank Horch beim Senatsempfang anlässlich der Gründung des Clusters Erneuerbare Energien

Das Cluster Erneuerbare Energien Hamburg hat heute mit großer Resonanz beim Fachpublikum die „Hamburg Renewable Energy Leadership 2011“ veranstaltet. Unter reger Teilnahme Hamburger und norddeutscher Unternehmen, Hochschulen und Institutionen wurden in mehreren Vorträgen und einer lebhaften Podiumsdiskussion die zukünftigen Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien diskutiert. Im Anschluss an die Fachveranstaltung fand im Rathaus ein Senatsempfang zum Start des Clusters statt, den Wirtschaftssenator Frank Horch mit einem Grußwort eröffnete.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist weltweit eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft. Das Cluster Erneuerbare Energien unterstützt den Ausbau der Erneuerbare Energien-Branche in Hamburg und bietet großes Potenzial für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts. Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Energieversorgung werden zusätzliche Impulse für die Unternehmen der Branche bringen.

Das Cluster Erneuerbare Energien Hamburg bietet die Chance, diesen Rückenwind durch bessere Zusammenarbeit in der Branche, innovative Projekte, internationales Standortmarketing und verstärkten Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu nutzen. Dazu stellt das Team um Clustermanager Jan Rispens ein vielfältiges Dienstleistungsportfolio bereit und organisiert zahlreiche Veranstaltungen. Ins Leben gerufen wurde die Clusterinitiative gemeinsam von Hamburger Unternehmen und der Freien und Hansestadt Hamburg. Mittlerweile haben sich mehr als 120 Unternehmen im Verein zur Förderung des Clusters Erneuerbare Energien e. V. organisiert und der Zulauf ist weiter stark.

Erneuerbare Energien sind ein Zukunftsfeld, in dem es große Innovationspotentiale und zukunftssträchtige Alleinstellungsmerkmale für Hamburg gibt. Hamburgs besondere Stärken liegen in der Windenergiebranche, den innovativen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen und dem vielfältigen Angebot hochwertiger Dienstleistungen für die Erneuerbare Energien-Branche.

Auf Basis dieser Vorteile soll Hamburg als Standort der Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Dabei ist das Cluster für alle Teilbranchen offen. So stehen die Chancen gut, zukunftsfähige und nachhaltige Arbeitsplätze in Hamburg zu schaffen. Ansiedlungen oder Teilverlagerungen von großen Unternehmen wie Nordex, Vestas oder des spanischen Windenergieanlagenherstellers Gamesa sind dafür gute Beispiele. Der Aufbau des Clusters ist ein folgerichtiger Schritt auf diesem Weg. Hier entstehen zukünftige Innovationspotenziale, vor allem an neu zu erschließenden Schnittstellen mit verschiedenen Branchen, z. B. im Bereich der Offshore-Windenergie, wo Hersteller von Windanlagen und Werften gemeinsam im Spezialschiffbau arbeiten können.

Wirtschaftssenator Horch sagte dazu: „Eine Metropole wie Hamburg wirtschaftlich nachhaltig und zukunftsorientiert zu entwickeln, heißt auch, das Innovationspotenzial voll auszuschöpfen. Am Thema Erneuerbare Energien kommt in der Zukunft niemand mehr vorbei. Hamburg hat die Chance, mehr als eine wichtige Rolle zu spielen und eine Modellregion für Deutschland zu sein. Ich bin überzeugt, wir werden uns zum führenden Standort in Europa entwickeln!“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Telefon: 040 42841 -2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

26.Mai 2011/bwvi26d

Wertschätzung für Lebensmittel aus der Region

Aus der Region für die Region

Die gestern **fälschlicherweise unter Generalverdacht gestellten Erzeuger** aus Norddeutschland können den Weg ihrer Produkte von Beginn an dokumentieren. Rinder, Schafe oder Ziegen kommen mit diesen Produkten nicht in Berührung. Eine Kontamination in Form von Gülle, über die immer wieder berichtet wird, ist vollkommen unmöglich, weil deren Einsatz in der Gemüse- und Obsterzeugung, die Produktqualität beeinträchtigen würde.

Die ländlichen Räume der Metropolregion Hamburg bzw. der norddeutschen Länder sind für die Nahversorgung der Bevölkerung von hoher Bedeutung. Sie stehen für hervorragende Sicherheit, Qualität und Frische ihrer Produkte. Die Erzeuger selbst haben das allerhöchste Interesse daran, dass die Quellen der Infektion durch den EHEC-Erreger möglichst schnell gefunden und beseitigt werden.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

27.Mai 2011/bwvi 27b

Industrie in Hamburg

Senator Horch zu den Wachstumszahlen

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat heute die Zahlen für das erste Quartal 2011 im Bereich Industrie (Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr Beschäftigten) veröffentlicht. Danach haben die Unternehmen einen guten Zuwachs erzielt.

Diese Entwicklung belegt, dass der Senat die Potenziale der Wirtschaft auf ein überdurchschnittliches Wachstum richtig erkannt hat. Dies wird unterstützt durch verschiedene Instrumente, die in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Kammern und Verbänden sowie mit der Wissenschaft weiterentwickelt werden. Der Masterplan Industrie ist ein wichtiges Instrument und wird zusammen mit Handelskammer und Industrieverband Hamburg strategisch weiterentwickelt. In derzeit neun Handlungsfeldern bildet der Masterplan alle relevanten Aspekte einer bedarfsgerechten Industriepolitik ab. Nach Ansicht von Senator Frank Horch sind hier besonders die Bereiche Technologie- und Innovationsförderung und die Clusterpolitik hervorzuheben. Mit der InnovationsAllianz soll Hamburg zu einer Innovationshauptstadt in Europa ausgebaut werden. Insbesondere die Industrie wird langfristig davon profitieren.

Wirtschaftssenator Frank Horch sagt zu den aktuellen Zahlen: „Die Märkte vertrauen verstärkt auf Produkte der Hamburger Industrie. Gerade nationale Kunden setzen zunehmend auf Hamburgische Industrieprodukte. Die Hamburger Industrie ist mit Ihrem Mix aus industrieller Tradition und Innovationskraft auf einem guten Weg und eine wesentliche Stütze der Hamburger Wirtschaft. Wir unterstützen dabei durch passgenaue Instrumente der Wirtschafts-, Innovations- und Fachkräftepolitik. Wachsende Produktivität erfordert immer auch die Erschließung neuer Märkte und Entwicklung neuer Produkte, um den hoch qualifizierten und engagierten Beschäftigten langfristige Perspektiven zu erhalten.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

23.05.2011/fb23

2010: Erfolgreiches Jahr für die Hamburger Steuerfahndung

Hamburgs Steuerfahnder erzielen durch erfolgreiche Ermittlungen Mehrergebnis von über 118 Millionen Euro durch Aufdeckung mehrerer sogenannter Umsatzsteuerkarusselle

Im Jahr 2010 haben die Steuerfahnder des Finanzamtes für Prüfungsdienste und Strafsachen in Hamburg ein Mehrergebnis von über 118 Millionen Euro ermittelt (2009: 68 Millionen Euro). Der starke Anstieg ist maßgeblich auf die Aufdeckung und Ermittlung mehrerer großer Umsatzsteuerkarusselle zurückzuführen.

Dazu erklärte Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher: „Die gute Arbeit der Steuerfahnder verdient große Anerkennung. Hamburg lässt niemanden davonkommen, der versucht, in betrügerischer Absicht Geld am Fiskus vorbei zu schleusen!“

Auch vor Gericht können Steuerbetrüger nicht mit Milde rechnen: das Landgericht Hamburg hat in diversen Verfahren wegen groß angelegter Umsatzsteuerbetrügereien gegen mehrere Beschuldigte hohe Strafen mit bis zu 9 Jahren Freiheitsentzug verhängt.

„Um die Arbeit in diesem wichtigen Bereich zu intensivieren, werden dem Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen in diesem Jahr zusätzliche Stellen in der Steuerfahndung bereitgestellt“, so Tschentscher abschließend.

Hintergrund zum Umsatzsteuerkarussell:

Bei dieser Art der Steuerhinterziehung machen sich die Täter das System der Umsatzsteuer zunutze: Ein Unternehmer, der eine Ware geliefert bekommt, kann sich die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als sog. Vorsteuer abziehen. Unerheblich ist, ob der Lieferer die entsprechende Umsatzsteuer auch bereits an das Finanzamt abgeführt hat. Darüber hinaus sind Lieferungen an Unternehmer im EU-Ausland umsatzsteuerbefreit, während beim Erwerb der gelieferten Ware im Inland die Vorsteuer abgezogen werden kann. Im Umsatzsteuerkarussell werden die Waren tatsächlich oder nur auf dem

Papier mehrmals im Kreis gehandelt. Die Vorsteuer wird beim Finanzamt geltend gemacht, während die Umsatzsteuer wie von vornherein geplant nicht an das Finanzamt abgeführt wird.

Ein Umsatzsteuerkarussell lässt sich mit beliebigen Waren durchführen. Während in der Vergangenheit typischerweise mit Handys oder teuren KFZ gehandelt wurde, stellen die Fahnder heute den betrügerischen Handel mit Kaffee, Softdrinks, Anlagegold oder CO₂-Emissionszertifikaten fest. Und nicht nur Waren, sondern auch umsatzsteuerpflichtige Dienstleistungen können Gegenstand des Umsatzsteuerbetruges sein. Der Gesetzgeber hat reagiert und für bestimmte Umsätze das sogenannte Reverse-Charge-Verfahren eingeführt. So schuldet beispielsweise bei Lieferungen von Schrott nicht der Lieferer, sondern der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer, der Betrug ist damit nicht mehr möglich. Aber die Täter sind findig: Sie deklarieren dann den Schrott als Kupferkabel, die nicht unter die Ausnahmeregelung fallen.

Beim **Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen** ist eine besondere Abteilung mit der Verfolgung dieser häufig kriminell organisierten Tätergruppen befasst. Die Informationsquellen der Fahnder sind vielfältig – sie reichen von bundes- bis europaweiten Kontrollmitteilungen, vom Abgleich maschineller Risikohinweise bis zu Meldungen von Bearbeitern aus den Finanzämtern. Eine dort erfolgte Umorganisation (Einrichtung von Neugründungs- und Umsatzsteuervoranmeldungsstellen) hat entscheidend dazu beigetragen, dass immer mehr Fälle entdeckt und gemeldet werden.

Deutschland hat sich wegen der Betrugsanfälligkeit der Umsatzsteuer in der Vergangenheit für eine Veränderung des Systems ausgesprochen. Auf Ebene der EU (die Umsatzsteuer ist europarechtlich harmonisiert) fand dies bislang jedoch keine mehrheitliche Unterstützung.

Der Umsatzsteuerbetrug ist besonders schädlich für die öffentlichen Haushalte, weil nicht nur vorenthaltene Umsatzsteuer nacherhoben werden muss, sondern durch die Betrüger ganz reales Geld als Vorsteuer vom Finanzamt erschlichen wird. Beim Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen ist deshalb ein Finanzermittler damit beschäftigt, betrügerisch erlangtes Vermögen rechtzeitig zu beschlagnahmen. Aber auch aus Gründen des Wettbewerbs ist die konsequente Verfolgung geboten: Manche Täter nutzen das Karussell, um ihre eigenen Waren in Höhe der ersparten Umsatzsteuer zu subventionieren und auf Kosten der Allgemeinheit einen unlauteren Preisvorteil gegenüber anderen Anbietern zu erlangen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

24.05.2011/fb24

Mai-Steuerschätzung 2011

Hamburg kann mit höheren Steuereinnahmen rechnen

Dennoch kein Spielraum für zusätzliche Ausgaben

Heute hat Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2011 für Hamburg vorgestellt. Die aktuelle Schätzung geht bei den Hamburg verbleibenden Steuern von Mehreinnahmen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf in Höhe von 673 Millionen Euro für 2011 und von 689 Millionen Euro für 2012 aus. Die Fortschreibung der Prognose sieht für die Jahre 2013, 2014 und für das erstmals geschätzte Jahr 2015 in Hamburg verbleibende Steuern in Höhe von 9.173 Millionen Euro (plus 746 Millionen Euro gegenüber der Planung), 9.489 Millionen Euro (plus 772 Millionen Euro) und 9.827 Millionen Euro vor.

„Die Mehreinnahmen werden nicht genutzt, um zusätzliche Ausgaben der Fachbehörden zu finanzieren“, sagte Senator Tschentscher heute. Der Senat werde Fehler aus früheren konjunkturellen Aufschwungphasen nicht wiederholen. Die positive Einnahmeentwicklung müsse zur Konsolidierung des Haushalts beitragen und dürfe nicht zu dauerhaften Ausgabesteigerungen verleiten. Der Senat werde den Anstieg der Gesamtausgaben konsequent auf unter 1 Prozent jährlich begrenzen.

Der Senat hatte seine Haushaltsbeschlüsse unabhängig von den Ergebnissen der Steuerschätzung bereits Anfang Mai gefasst. Die jetzt prognostizierten Steuermeheinnahmen werden ausschließlich für Maßnahmen verwendet, die den Haushalt für zukünftige Jahre entlasten und ihn krisenfest machen:

1. Tilgung eines teuren 200-Millionen-Euro-Wohnungsbaudarlehens beim Bund. Damit spart Hamburg Zinsen von rund 10 Millionen Euro pro Jahr.
2. Rekapitalisierung des Hamburgischen Versorgungsfonds in Höhe von 710 Millionen Euro über die Jahre 2011 (207 Millionen Euro), 2012 (468 Millionen Euro) und 2013 (35 Millionen Euro), um Verluste aus der HSH Nordbank-Krise auszugleichen.
3. Senkung der Nettoneuverschuldung und geringere Inanspruchnahme von Rücklagen.

Durch die insgesamt verbesserte Einnahmesituation werden sich in den kommenden Jahren auch die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich erhöhen. Nach einem Ist in Höhe von 88 Millionen Euro 2010 rechnen die Schätzer 2011 und 2012 mit Zahlungen von 135 Millionen Euro bzw. 200 Millionen Euro. Aufgrund der kräftig angesprungenen Konjunktur wird mit spürbaren Mehreinnahmen bei fast allen Steuerarten gerechnet: Nach einem Ist von rund 2.180 Mio. Euro in 2010 werden bei der Lohnsteuer in Hamburg verbleibende Einnahmen in Höhe von rund 2.312 Mio. Euro in 2011 sowie in Höhe von rund 2.438 Mio. Euro in 2012 erwartet. Für die Umsatzsteuer werden nach einem Ist von rund 1.768 Mio. Euro in 2010 Einnahmen in Höhe von rund 1.660 Mio. Euro in 2011 sowie von rund 1.645 Mio. Euro in 2012 prognostiziert. Die wachstumsbedingt gute Ertragslage der Unternehmen führt bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag bei einem Ist von rund 288 Mio. in 2010 zu Zuwachserwartungen auf rund 345 Mio. Euro in 2011 und auf rund 378 Mio. Euro in 2012. Bei der von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark betroffenen Körperschaftssteuer werden bei einem Ist von rund 174 Mio. Euro in 2010 Einnahmen in Höhe von rund 195 Mio. Euro in 2011 sowie von rund 283 Mio. Euro in 2012 erwartet. Auch die Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer inkl. Gewerbesteuerumlage steigen konjunkturbedingt an: bei einem Ist von rund 1.658 Mio. Euro in 2010 wird mit rund 1.840 Mio. Euro in 2011 sowie mit rund 1.985 Mio. Euro in 2012 gerechnet. Bei der Einkommensteuer wird gegenüber den Einnahmen des Jahres 2010 von rund 849 Mio. Euro in 2011 von leicht sinkenden Einnahmen in Höhe von rund 834 Mio. Euro ausgegangen; erst im nächsten Jahr wird wieder mit einer deutlichen Zunahme auf rund 920 Mio. Euro gerechnet.

Die Steuerschätzung bezieht sich grundsätzlich immer nur auf geltendes Steuerrecht. Bei allen Annahmen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Prognosen auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse handelt. Daher ist auch die aktuelle Mai-Steuerschätzung mit Unsicherheiten behaftet. Bei der späteren Feststellung des tatsächlichen Steueraufkommens sind sowohl positive als auch negative Abweichungen von der Steuerschätzung möglich.

	2011	2012	2013	2014	2015
Hamburg verbleibende Steuern					
Mai-Steuerschätzung	8.336	8.775	9.173	9.489	9.827
November- Steuerschätzung	8.017	8.459			
Veränderung zur November- Steuerschätzung	320	317			
Haushaltsplanentwurf 2011/2012 Finanzplanung 2010- 2014 des Vorgängersenats	7.664	8.086	8.427	8.718	
Veränderung zum Haushalts-plan bzw. zur Finanzplanung	673	689	746	772	

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
 Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Weihnachtsgeld und Besoldungsanpassung

Ergebnis der Gespräche mit den Gewerkschaften

23. Mai 2011/pr23

Senat und Gewerkschaften haben eine Einigung in der Frage erzielt, in wieweit die Entscheidungen des CDU-GAL-Senats beim Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte rückgängig gemacht werden können. Das Ergebnis der Gespräche sieht eine teilweise Rücknahme der ursprünglich geplanten Kürzungen vor. Senatoren, Staatsräte und Beamte der B-Besoldung erhalten kein Weihnachtsgeld mehr. Beschäftigte mit Kindern werden besser gestellt.

Hintergrund: Der vorherige Senat hatte beschlossen das Weihnachtsgeld für die Beamten zu kürzen bzw. für die Besoldungsgruppen ab A13 vollständig zu streichen. Lediglich für die Besoldungsgruppen A4-A8 sollten 840 Euro und für A9-A12 710 Euro gezahlt werden. Des Weiteren war geplant auf die volle Übernahme des Tarifergebnisses zu verzichten. Für das Jahr 2011 war eine Einmalzahlung in Höhe von 1% geplant. Im Jahr 2012 sollten die Beamtenbezüge um 1% linear steigen.

In dem von CDU und GAL vorgelegten Haushaltsplan 2011/12 waren entsprechend 180 Mio. Euro abgesetzt.

Der neue Senat hat in den letzten Wochen mehrere Gespräche mit den Vertretern der Beamten geführt. Dabei hat der Senat das Ziel verfolgt, mit den Gewerkschaften die Lage des Hamburger Haushaltes zu besprechen und zugleich die berechtigten Anliegen der Beamten aufzunehmen.

Eine vollständige Rücknahme der von CDU und GAL beschlossenen Kürzungen lässt die Haushaltslage nicht zu. Daran wird auch die Mai-Steuerschätzung nichts ändern, die morgen vorgelegt wird.

Der Senat wird seine Haushaltspolitik daher an langfristigen Maßstäben orientieren. Dennoch hat er die von den Gewerkschaften vorgebrachten Argumente geprüft und in seine Überlegungen einbezogen. Vor diesem Hintergrund hat er sich für folgende Schritte entschieden:

1. Dem dringenden Wunsch der Gewerkschaften, in Zukunft die Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung zu übernehmen, wird gefolgt. Der Erste Bürgermeister wird eine entsprechende Garantieerklärung abgeben.
2. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes wird teilweise zurückgenommen. Alle aktiv Beschäftigten erhalten ein Weihnachtsgeld von 1.000 Euro. Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen bis

A12 erhalten 500 Euro. Das Weihnachtsgeld wird ab 2012 in die Tabelle eingearbeitet, wenn dies rechtlich möglich ist.

3. Senatoren, Staatsräte und Senatsdirektoren (gesamte B-Besoldung) erhalten kein Weihnachtsgeld.
4. Beschäftigte mit Kindern erhalten ein zusätzliches Weihnachtsgeld von 300 Euro für jedes Kind, für das Familienzuschlag gezahlt wird.
5. Anwärter(innen) erhalten ein Weihnachtsgeld in Höhe von 300 Euro.
6. Das Urlaubsgeld für die Gehaltsgruppen bis A8 wird ab 2012 auf 400 Euro erhöht und in die Tabelle eingearbeitet.
7. Die Besoldung wird rückwirkend zum 1.4.2011 linear um 1,5% erhöht. 2011 wird die Erhöhung in einer Summe im November ausgezahlt.
8. Zum 1.1.2012 wird die Besoldung um weitere 1,9% erhöht.

Damit steigen die Bezüge aller – der Aktiven und der Versorgungsempfänger – um insgesamt 3,4%.

Kontakt:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Tel.: 040 / 428 31 22 41

Mobil: 0170 / 288 18 09

E-Fax: 040 7 4279 15 143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

25. Mai 2011/pa25

Offizielle Verleihung des Zertifikats „audit berufundfamilie“ an das Personalamt

Dem Personalamt der hamburgischen Verwaltung wurde am 25.05.2011 in Berlin offiziell das Zertifikat „audit berufundfamilie“ verliehen. Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung überreichte der Parlamentarische Staatssekretär Peter Hintze (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) die Urkunde an den Leiter des Personalamts, Senatsdirektor Dr. Volker Bonorden. Das Zertifikat bestätigt, dass sich das Personalamt für eine familienfreundliche Personalpolitik engagiert - z.B. ist eine Dienstvereinbarung zur Erweiterung von flexibler Arbeitszeitgestaltung abgeschlossen worden, vorhanden sind verschiedene Sabbatjahrm Modelle, eine Kindernotfallbetreuung kann in Anspruch genommen werden - und dem Audit darüber jährlich berichten wird. Zurzeit werden im Personalamt gemeinsam mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitere passgenaue Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickelt auch mit dem Ziel, Best-Practice-Beispiele weiterzugeben.

Dr. Christoph Krupp, Staatsrat für das Personalamt: „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen, ist ein wichtiger Bestandteil des strategischen Personalmanagements der hamburgischen Verwaltung, für das das Personalamt eine zentrale Verantwortung hat. Die vielfältigen Maßnahmen und Instrumente zur Vereinbarkeit ermöglichen den Beschäftigten notwendige Freiräume, gleichzeitig werden dadurch Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachhaltig gefördert. Mich freut es sehr, dass das Personalamt selbst auch das audit berufundfamilie verliehen bekommen hat.“

Informationen zum „audit berufundfamilie“:

Das „audit berufundfamilie“ ist eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung und steht unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin sowie des Bundeswirtschaftsministers. Es wird von wirtschaftlichen Interessensverbänden empfohlen (u.a. Deutsche Industrie- und Handelskammer) und von der EU gefördert. Es ist das renommierteste Qualitätsmerkmal für eine familienbewusste Personalpolitik in Deutschland. Bislang wurden ca. 1.000 Institutionen in Deutschland zertifiziert (siehe www.beruf-und-familie.de).

Dr. Volker Bonorden
Leiter des Personalamts
Tel: (040) 42831 - 1506
Fax: (040) 42831 - 2420
E-Mail: volker.bonorden@personalamt.hamburg.de

24. Mai 2011/pr24a

Mediendialog Hamburg 2011: Debatte über Chancen und Risiken personenbezogener Daten im Netz

Der Hamburger Senat will die Rahmenbedingungen für die Medienwirtschaft in Hamburg weiter verbessern. Das ist eines der Ergebnisse des Hamburger Mediendialoges, der am Montag und Dienstag in der Hansestadt stattfand. Der Senat werde „stärkere Anstrengungen unternehmen, um den Medienstandort Hamburg zu unterstützen und auszubauen“, sagte Scholz bei einem Senatsempfang anlässlich des Mediendialogs. Ziel des Senats sei es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Branchen weiterhin in Hamburg entfalten können. Als Ziele der Hamburger Medienpolitik nannte Scholz sowohl den Ausbau der Ausbildung als auch die Weiterentwicklung der Qualifizierungsmöglichkeiten in den Berufen der Medien- und Kreativbranche. Die Teilnehmer des Mediendialoges sprachen sich für eine offene und ehrliche Debatte über Chancen und Risiken persönlicher Daten im Netz aus. Verbände der Medien- und Werbewirtschaft verabschiedeten eine „Hamburger Erklärung zur kommerziellen Kommunikation in Onlinemedien“ ([zum Download unter: www.mediendialog-hamburg.de](http://www.mediendialog-hamburg.de)). Darin verpflichten sich die Verbände, branchenübergreifend eine umfassende Selbstregulierungsinitiative zu entwickeln, um den Interessen des Datenschutzes bei der Onlinewerbung gerecht zu werden.

Die Diskussion über Chancen und Risiken persönlicher Daten im Netz war zentrales Element einer Konferenz, die im Rahmen des Mediendialogs im Atlantic-Haus stattfand. In ihrem Rahmen diskutierten 70 Führungskräfte der Medienwirtschaft über das Thema, das sowohl für Anbieter von Inhalten wie für Vermarkter und Werbewirtschaft relevant ist. Zwar eröffnen sich im Netz durch die Verfügbarkeit von persönlichen Daten der Nutzer neue Geschäftsmodelle. Gleichzeitig wachsen aber die Herausforderungen des Daten- und Verbraucherschutzes. „Nicht jeder Nutzer kann diese Informationsflut beherrschen. Verbraucherschutz wird nicht immer großgeschrieben, und auch der Tatort Internet wird zunehmend zum Problem für unsere Sicherheitsbehörden“, sagte Bürgermeister Scholz. Er bezeichnete die Informations- und Kommunikationstechnologie als „Innovationsmotor unserer Stadt“. Daher habe er dieses Cluster in der Senatskanzlei verankert. Der Senat habe „Medienrecht, die Kernbereiche der Medien- und IT-Wirtschaft sowie kultur- und gesellschaftspolitische Medienfragen in einer Organisationseinheit zusammengefasst. „Das trägt der

Medienkonvergenz Rechnung, unterstreicht die Bedeutung der Branche und ermöglicht Medien- und IT-Politik aus einer Hand.“

Der Chef der Hamburger Senatskanzlei, Staatsrat Dr. Christoph Krupp, unterstrich, der Mediendialog Hamburg solle der Medienwirtschaft eine „beständige, branchenübergreifende Plattform für die medienpolitische Debatte“ bieten. Es gehe um das Ausloten wirtschaftlicher Chancen wie auch um ein eindeutiges Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung der Medien.

Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger vom Oxford Internet Institute griff diesen Aspekt auf und sprach sich für einen neuen Vertrauensvertrag zwischen Onlinewirtschaft und Nutzern zum Umgang mit persönlichen Daten aus. Er appellierte an die Medien- und Werbebranchen, die Bedenken der Verbraucher ernst zu nehmen und ihnen effektive Datenschutzoptionen zur Verfügung zu stellen. Vertreter der Medien- und Werbewirtschaft bekannten sich anschließend dazu, künftig noch stärker für eine praktische Stärkung von Transparenz und Selbstbestimmung der Nutzer im Netz einzutreten.

Abschließend nutzten Verbände der Medien- und Werbewirtschaft die Hamburger Plattform, um eine „Hamburger Erklärung zur kommerziellen Kommunikation in Onlinemedien“ zu verabschieden (zum Download unter: www.mediendialog-hamburg.de). Darin kündigen die Verbände branchenübergreifend eine umfassende Selbstregulierungsinitiative an, um ein hohes Datenschutzniveau bei der Onlinewerbung für die Nutzer zu gewährleisten.

Der Mediendialog Hamburg 2011 fand erstmals im neuen Format als Veranstaltung für Führungskräfte aus allen Medienbranchen statt. Er wurde veranstaltet in Kooperation mit Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen e.V. (Produzentenallianz), Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V. (BVDW), Bundesverband Musikindustrie e.V. (BVMI), Deutscher Musikverleger-Verband e.V. (DMV), Gesamtverband Kommunikationsagenturen e.V. (GWA), Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. (VDZ), Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT), Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW).

Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Leiter der Pressestelle des Senats

Tel.: 040/428 31 2243/2244

E-Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Terminkalender

Vom 30. Mai bis 5. Juni 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 30.05.2011

- 09:30** Senatsgästehaus, Schöne Aussicht 26
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Frühjahrssitzung der Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK)**, teil deren Vorsitzland in diesem Jahr Hamburg ist.
- 13:00** E.ON Hanse, Schlesweg-HeinGas-Platz 1, 25451 Quickborn
Bürgermeister Olaf Scholz spricht auf dem **UV Nord Unternehmertag 2011**.
- 14:00** St. Pauli Theater, Spielbudenplatz 29-30
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des **Jubiläums „170 Jahre St. Pauli Theater“**.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.
- 16:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den slowakischen Botschafter, Igor Slobobnik zum **Antrittsbesuch**.
- 18:30** Verdi Center im Besenbinderhof 65, 20097 Hamburg.
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort bei einer Informationsveranstaltung von **Arbeit und Leben Hamburg im Rahmen der Europawoche**.
- 19:00** Hapag-Lloyd, Ballindamm 25
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht den **Empfang anlässlich 170 Jahre St. Pauli Theater**.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

Dienstag, den 31.05.2011

- 18:00** Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Von-Melle-Park 3
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der Festveranstaltung zum **400-jährigen Bestehen des jüdischen Friedhof Altona**.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil.
- 18:00** Berlin
Senator Dr. Peter Tschentscher ist bis einschließlich Mittwoch zur **Finanzministerkonferenz in Berlin**.
- 19:00** Deichtorhallen, Deichtorplatz 1-2
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der Verleihung des **„Montblanc de la Culture Arts Patronage Award 2011“** an Dr. Harald Falckenberg teil.
- 19:00** Rathaus, Bürgermeistersaal

Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des Senatsempfangs zur Konferenz „**Anpassung an den Klimawandel**“, einer gemeinsamen Veranstaltung der BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation), des Helmholtz-Zentrums Geesthacht und der Hamburger Senatskanzlei.

19:00 Galerie der Gegenwart, bei der Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall/Ecke Ferdinandstor
Senator Ties Rabe nimmt an der Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung: **Wie geht es weiter an Hamburgs Schulen?** teil.

Mittwoch, den 01.06.2011

13:30 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **britischen Botschafter Simon McDonald CMG**.

17:00 Rathaus, Kaisersaal
Staatsrätin Elke Badde begrüßt die Vorsitzenden der deutschen Guttempler-Orden auf einem Senatsempfang aus **Anlass der Bundestagung 2011 der deutschen Guttempler** mit einem Grußwort.

18:00 Bucerius Kunst Forum, Rathausmarkt 2
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil an der **Eröffnung zur Ausstellung „William Turner. Maler der Elemente“**.

19:00 Stadion des SC Victoria, Lokstedter Steindamm 87
Staatsrat Volker Schiek besucht das Endspiel um den **Oddset-Pokal 2010/2011** im Amateurfußball.

19:00 Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht das Jahreskonzert 2011 von „**The Young ClassX**“.

Donnerstag, den 02.06.2011

18:00 Italienisches Kulturinstitut, Hansastr. 6
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht den Empfang zum **italienischen Nationalfeiertag**.

Freitag, den 03.06.2011

ganztägig Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin** teil.

12:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des Senatsfrühstücks für die Besatzung des amerikanischen **Segelschiffs „USCGC EAGLE“**.

15:30 Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die internationalen Gäste der **34. Bundeskonferenz der Jugendorganisation SJD – DIE FALKEN**.

18:00 Sportanlage Legienstraße 210
Staatsrat Volker Schiek spricht anlässlich der Jubiläumsveranstaltung **„100 Jahre Fußball HT 16“** ein Grußwort.

19:30 Still-Arena, Berzelius-Straße 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet die **Bundestagung 2011 des Deutschen**

Guttempler-Ordens mit einem Grußwort.

Samstag, den 04.06.2011

- 16:30** Hafencity Hamburg, Strandkai
Senator Michael Neumann übernimmt die Siegerehrung der Herren in der **Beachvolleyball – Turnierserie „Smart Beach Tour“**.
- 22:00** Upper East, East Hotel Hamburg, Simon-von-Utrecht-Straße 31
Senator Michael Neumann besucht die **Meisterschafts-Feier HSV Handball**.

Sonntag, den 05.06.2011

- 11:50** Derby-Park Klein Flottbek, Jürgensallee
Senator Michael Neumann besucht das **Deutsche Spring- und Dressurderby**.
- 15:00** Zeise Kinos, Friedensallee 7-9
Staatsrat Dr. Nikolas Hill eröffnet das **13. Mo&Frieze KinderKurzFilmFestival**.
- 15:00** Rathaus, , Rathausbalkon
Anlässlich der Handball-Meisterschaft empfängt Bürgermeister Olaf Scholz die **Mannschaft des HSV** im Rathaus.

Senator Michael Neumann nimmt teil.
- 17:00** Staatsoper, Große Theaterstr. 25
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die Premiere von „**Palestrina**“ von **Hans Pfitzner**.
- 17:00** Festplatz am Norderkirchenweg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **775-Jahr-Feier Finkenwerders** ein Grußwort.
- 18:45** Kreuzfahrtterminal Altona, Van-der-Smissen-Straße 5
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des Kreuzfahrtterminals Altona** ein Grußwort.

Staatsrat Andreas Rieckhof und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen teil.